

BAND 21

Die Zukunft, die wir wollen

Eine feministische Perspektive

Von **Christa Wichterich**



**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZUR ÖKOLOGIE
BAND 21**

Die Zukunft, die wir wollen

Eine feministische Perspektive

Von Christa Wichterich

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Autorin

Christa Wichterich ist promovierte Soziologin, freiberufliche Publizistin, Gutachterin in der Entwicklungszusammenarbeit und Lehrbeauftragte. Sie unterrichtete mehrere Jahre lang an Universitäten in Indien und im Iran und war Auslandskorrespondentin in Kenia. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Globalisierung und Gender, Frauenarbeit, Frauenbewegungen, feministische Ökonomie und Ökologie. Sie ist engagiert bei WIDE (Women in Development Europe) und im Wissenschaftsbeirat von attac.



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>
Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Die Zukunft, die wir wollen
Eine feministische Perspektive
Von Christa Wichterich

Band 21 der Schriftenreihe Ökologie
Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung 2012

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt (nach Entwürfen von blotto Design)
Druck: agit-druck

Coverphoto: Alex, <http://www.feministonlinespaces.com/category/gallery/occupy-la/>

ISBN 978-3-86928-078-3

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin

T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de



INHALT

Vorwort	7
1 Zur neuen Aktualität des Themas Gender und Ökologie	9
2 Tschernobylsche Wende und Global Governance durch UNCED	13
3 Klima- und Geschlechtergerechtigkeit	19
Von Verursachern und Opfern	20
Gender Mainstreaming	22
Gender in den Verhandlungen	24
Argumentationsfälle Bevölkerung	25
4 Ernährung und Landwirtschaft	27
Wer ernährt die Welt?	29
Von Livelihood-Rechten zur Ernährungssouveränität	32
Wem gehört die lokale Artenvielfalt?	34
Wem gehört das Land?	35
Städtische Landwirtschaft	37
5 Multiple Krisen, Green Economy und Wachstumskritik	38
Versorgen und Vorsorgen	43
Das gute Leben und Buen Vivir	47
6 Ausblick: Occupy future	49

VORWORT

The Future we want – zweifellos ein perspektivisches Motto, das sich die UNO für die Vorbereitung der United Nations Conference on Sustainable Development (kurz: Rio+20) im Juni 2012 ausgesucht hat. Die Erwartungen an diese UN-Konferenz werden wieder einmal hochgeschraubt: Rio+20 soll *die* historische Gelegenheit sein, Wege in eine sichere, gerechtere, grünere und saubere Welt zu definieren. Im Mittelpunkt der Konferenz in Rio de Janeiro soll das Leitbild einer Green Economy als Ausweg aus den globalen Klima-, Ernährungs- und Armutskrisen stehen.

Wer, wie unsere Autorin Christa Wichterich, sich die Vorbereitung und die Konzepte für eine Green Economy näher anschaut, stellt schnell fest, dass sie gänzlich ohne Geschlechterperspektive auskommen. Theoretische Konzepte und praktisches Erfahrungswissen von Feministinnen und Frauennetzwerken spielen so gut wie keine Rolle in der Debatte um die *Zukunft, die wir wollen*. Dabei entwickeln sie seit vielen Jahrzehnten Konzepte und Antworten auf die lokalen und globalen ökologischen und sozialen Krisen. Bereits vor 20 Jahren erkannte das zentrale Dokument der ersten Rio-Konferenz, die Agenda 21, Frauen als Schlüsselakteurinnen für den Umweltschutz und die Armutsbekämpfung an. Der breite Konsens darüber, dass Umweltgerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit aufs engste miteinander verwoben und nur zusammen zu haben sind, hatte sich aber verflüchtigt. Ökofeministische Ansätze, die Hochkonjunktur in den 1980er- und 1990er-Jahren hatten, waren jahrelang kaum noch hörbar oder gar einflussreich. Auch viele Akteurinnen hatten sich mit dezidiert feministischen Kritiken aus den globalen (Umwelt-) Verhandlungen und aus den ökologischen Bewegungen zurückgezogen.

So sind Geschlechterperspektiven rar in den ökologischen und wachstums-kritischen Kontexten. In den Klimaverhandlungen melden sich Frauennetzwerke aber seit einiger Zeit mit ihren Forderungen nach geschlechtergerechten Politiken zurück. Und in den lokalen Kämpfen gegen Ungleichheit und die Zerstörung der Lebensgrundlagen nehmen Frauen kontinuierlich einen wichtigen Platz ein. Feministinnen und Frauennetzwerke erobern gar wieder etliche Denk- und Handlungsräume. Occupy Patriarchy zum Beispiel ist ein Versuch US-amerikanischer Feministinnen, sich in den sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfen gegen Ungleichheit und Privatisierung zu positionieren.

Konzepte und Utopien feministischer Ökologie und Ökonomie gewinnen langsam erneut an Boden. Sie sichtbar zu machen, ihnen Gehör zu verschaffen, das ist für die Heinrich-Böll-Stiftung Teil des großen Diskurses und des Suchens nach einer wachstumsbefriedeten und gerechten Welt. Wir schauen mit wach-

tumskritischem *und* geschlechterdifferenziertem Blick auf die große Transformation und nach Antworten für ein besseres Leben: *Die Zukunft, die wir wollen* ist eine, die Geschlechtergerechtigkeit und ökosoziale Nachhaltigkeit zusammendenkt, die neue Wohlstandsmodelle, Lebensqualität und die soziale Dimension des großen Umbaus geschlechterdifferenziert diskutiert und anstrebt.

Der Essay von Christa Wichterich gibt dieser Perspektive eine analytische Fundierung und verweist auf politische Handlungsfelder, die für eine ökofeministische Perspektive besonders interessant und hochaktuell sind. Dieser Essay ist ein weiterer in einer ganzen Reihe zu Rio+20. Mit dieser Reihe wollen wir Impulse geben, Blockaden und Selbstblockaden im Denken und Handeln aushebeln, sozialen und gesellschaftlichen Innovationen, die wir noch dringlicher als technologische brauchen, Raum und Platz geben.

Die Heinrich-Böll-Stiftung nutzt das öffentliche Interesse an der Rio+20-Konferenz im Juni 2012 für eine Vielfalt von Aktivitäten. Wir sehen die Debatte um die Green Economy und neue Wohlstandsmodelle sowie die Wachstumskritik als große Chance, Ansätzen einer feministischen Ökologie und einer Nachhaltigkeitsdebatte aus Gender-Perspektive wieder mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen und ihre Rückkehr auf die politische Tagesordnung weltweit zu befördern.

Mein ganz großer Dank geht an Christa Wichterich, die wie kaum eine andere seit vielen Jahren konsequent die feministische Kritik mit kapitalismuskritischer Perspektive verbindet und die emanzipatorischen und utopischen Gehalte theoretischer wie praktischer Konzepte von Feministinnen und Frauennetzwerken freilegt, begleitet und unterstützt.

Für freuen uns über weitere Anregungen und Rückmeldungen.

Berlin, im Januar 2012

Barbara Unmüßig
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

1 Zur neuen Aktualität des Themas Gender und Ökologie

Die Vielfachkrise von Finanzcrash, Hunger, Klimawandel und Ressourcenverknappung zeigt nachdrücklich, dass die neoliberale Marktglobalisierung nicht halten kann, was sie verspricht: nämlich die beste Allokation von Ressourcen auf dem ganzen Planeten zu schaffen und damit ein Win-win-Spiel für alle zu sein. Daher scheiterte auch das wachstumsoptimistische Nachhaltigkeitskonzept der Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) von 1992 in Rio de Janeiro, das auf die Vereinbarkeit von Wachstum, Ressourcenschutz und sozialer Gerechtigkeit setzte. Als neues Leitbild für die Rio+20-Konferenz zur Rettung des glaubwürdigkeitsreduzierten Nachhaltigkeitskonzepts haben die Vereinten Nationen einen «Global Green New Deal» bzw. das Modell einer «Green Economy» vorgeschlagen. Die Green Economy will einen Weg aus der Finanz-, Klima- und Energiekrise weisen und dabei den Bogen zu den Millennium-Entwicklungszielen und der Armutsreduktion schlagen.

Schaut man sich Papiere zur Green Economy aus feministischer Sicht genauer an, lassen sich – mit mikroskopischen Ausnahmen – nur wenige Gender-Aspekte finden. Zwanzig Jahre nach der Rio-Konferenz kommen diese Papiere hochgradig sehbehindert gegenüber Geschlechtern daher. Im Jahr 1992 erkannte die Agenda 21, das Abschlussdokument der Rio-Konferenz, Frauen als Schlüsselakteurinnen für den Umweltschutz und die Armutsbekämpfung an und sprach ihnen entwicklungs- und umweltpolitische Gestaltungs- und Entscheidungsrechte zu. Auf dieser Grundlage bildete sich in den 1990er-Jahren ein breiter geschlechterpolitischer Konsens darüber, dass

- Ökologie und Nachhaltigkeit nicht geschlechtsneutral sind;
- die Analyse von Geschlechterverhältnissen unabdingbar für das Verständnis gesellschaftlicher Naturverhältnisse, von Ressourcenbewirtschaftung und zur Bewältigung von Umweltkrisen ist;
- es ohne Geschlechtergerechtigkeit keine Umweltgerechtigkeit, keine Nachhaltigkeit und kein gutes Leben für alle geben wird.

Die Green-Economy-Papiere des UN-Umweltprogramms UNEP¹ fallen zwei Jahrzehnte später hinter die Agenda 21 zurück. Weder weisen die verschiedenen

1 UNEP (2011): Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication; UNEP (2011): Brief for Policy-makers on the Green Economy and the MDGs; www.unep.org/greeneconomy.

Themenbereiche ein Gender Mainstreaming auf, noch wurde eine feministische Perspektive von Anfang an und grundlegend mitgedacht.

Auch der Klimawandel, der seit Jahren ganz oben auf der globalen Umweltagenda steht, wurde lange als genderneutrales Thema be- und verhandelt. Hätten internationale Gender-Netzwerke nicht zäh und nachhaltig Gender-Perspektiven eingebracht, wäre die UN-Klimarahmenkonvention von 1992 (UNFCCC) auch heute noch geschlechterblind. Erst nach 14 Verhandlungen forderte das UNFCCC-Sekretariat 2008 die Vertragsstaaten zu gendersensiblen Maßnahmen auf. Als allerdings UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon 2010 eine Beratergruppe zu «Climate Change Financing» zusammenstellte, berief er 19 Männer. Nach heftigen Protesten wurde das hochrangige Gremium um die damalige französische Finanzministerin Christine Lagarde erweitert. Auch in Deutschland ist die Gender-Botschaft der Agenda 21 von 1992 noch nicht angekommen: 2011 nominierten die deutschen Parteien für die Enquetekommission zu «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» 17 Sachverständige, unter ihnen keine Frau.

Diese Vorgänge sind Beispiele dafür, wie zurückweisend – trotz aller Bekenntnisse zu Mainstreaming und Partizipation – die Glasdecke für Frauen in den Entscheidungsgremien von Entwicklungs- und Umweltpolitik immer noch wirkt und wie wenig weiblicher Sachverstand anerkannt wird.

Was ist passiert mit den Themen «feministische Ökologie» und «Frauen/Gender-und-Nachhaltigkeit» nach ihrer Hochkonjunktur vor 20 Jahren? Nach der Rio-Konferenz verschob sich die öffentliche Aufmerksamkeit wie auch das Interesse von Frauennetzwerken auf das Kernthema der jeweils nächsten großen UN-Konferenz: Menschenrechte, Bevölkerung, Soziales, Frauen, Habitat, Ernährung. Das Thema «Frauen und Umwelt» ist mit den Kernaussagen der Agenda 21 als eines, nämlich das vorletzte von 12 Kapiteln, in die Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking aufgenommen worden, ein Dokument das bis heute als ein internationaler Katechismus für Frauenrechte und Geschlechtergleichheit gilt. Die Themen verschwanden von der öffentlichen Bildfläche, weil die Frauenbewegungen sich auf Proteste gegen die neoliberale Globalisierung, gegen Handelsliberalisierung und Privatisierung von öffentlichen Gütern konzentrierten, während professionelle und wissenschaftliche Fachleuten die Themen spezialisiert weiterbearbeiteten. Den Protestbewegungen und auch vielen Expert/innenzirkeln gerieten dabei die im Konzept von Nachhaltigkeit angelegten Zusammenhänge von Ökonomie, Ökologie und Sozialem aus dem Blick. In keinem politischen Ressort wurden Gender-und-Umwelt-Themen zum Selbstläufer. Zwar hatten beide Themenkomplexe in der Entwicklungspolitik im Kontext von Armutsbekämpfung Konjunktur und den Anspruch, als Querschnittsthemen behandelt zu werden. Von «doppeltem Mainstreaming» – von Gender und Umwelt bzw. Klima – ist die Rede. Doch wie in der Entwicklungspolitik stellte sich auch in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik ein «Verdunstungseffekt» ein: Zwar werden Gender-Aspekte heute insgesamt häufiger auf der programmatischen Ebene von Umweltpolitiken benannt als zur Zeit der ersten Rio-Konferenz. Mainstreaming als technisches Verfahren ist verbreiteter. Der

Anteil von Frauen an Facheliten und politischen Delegationen hat zugenommen. Doch wenn Gender-Bezüge von der Programmebene heruntergebrochen und umgesetzt werden müssen, kommt es zu Implementierungslücken und einem merkwürdigen Verschwinden der Gender-Perspektive.² Zudem fehlt es immer noch an einem Bewusstsein über die komplexen inneren Zusammenhänge zwischen Geschlechter-, Wirtschafts- und Naturverhältnissen.

Vor diesem Hintergrund verbreitete sich in den 2000er-Jahren eine «Gender Fatigue»: Bei vielen Frauen in den Institutionen wuchs der Frust über die Langsamkeit der Fortschritte und die Beharrlichkeit der Widerstände. Dagegen verwiesen die Institutionen auf Fortschritte und hakten das Thema «Geschlechtergerechtigkeit» gern als erledigt ab. Und je mehr Themen zu Querschnittsthemen erklärt wurden – Armut, HIV/AIDS, Klima, Partizipation – desto stärker stellte sich überdies in den Institutionen eine Mainstreaming-Müdigkeit oder -Ablehnung ein. In den großen Umweltverbänden und Ökobewegungen war es nicht anders: Die feministischen Ansätze hinterließen keinen großen Fußabdruck. In vielen Öko-Debatten finden sich die alten Stereotypen zum Frau-Natur-Verhältnis oder Simplifizierungen zur Frau als Opfer, als Verursacherin von Umweltschäden oder aber als Retterin. Populistische Argumentationen wie die vom Bevölkerungswachstum als Ursache aller Weltübel greifen die Medien gern immer wieder auf. Dagegen schweigen sie sich darüber aus, dass Frauen aus Fukushima zu einem weltweiten Ende der Kernkraft aufrufen. Insgesamt werden Gender-Ansätze heutzutage weniger politisiert oder als eine emanzipatorische und strukturverändernde Perspektive diskutiert als 1992.

Trotzdem: Rio+20, die Green Economy und aktuelle Diskurse um neue Wohlstandsmodelle, Wachstum und das Scheitern der Millenniumentwicklungsziele geben den Themen eine neue Aktualität, ja Brisanz. Deshalb ist es politisch hochnotwendig, Ansätze einer feministischen Ökologie und einer Nachhaltigkeitsdebatte aus Gender-Perspektive wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Eine Mobilisierungswirkung können diese Themen aber nur entfalten, wenn sie an die neuen sozialen Bewegungen und deren Forderung nach Bürger/innenbeteiligung und direkter Demokratie anknüpfen. Jungen Frauen und Männern sind altbackene Frauenrechts- und Gleichstellungsansätze eher fremd. Sie haben neue Zugänge zum Verhältnis Mensch – Natur und zu Geschlechterfragen: nämlich über die Konstruktion von Geschlechteridentitäten und die Alltagspraxis des Lebensstils und des Konsums. Aktuelle Beispiele dafür sind der radikalisierte Tierschutz, das Veganertum und eine Kritik an industrialisierter Nahrungsmittelproduktion mit einer Vielzahl von Initiativen von städtischen Gärten bis zur Wiederaneignung von Gemeingütern. Überhaupt setzen viele bei Fragen der individuellen Lebensweisen an, gehen aber systemkritisch über die schon immer gestellte Frage «Was kann ich denn tun?» mit verschiedensten Suchansätzen hinaus in Richtung auf ein «gutes Leben» und alternatives Wirtschaften.

2 Schultz, Irmgard/Hummel, Diana/Padmanabhan, Martina (2010): Feministische Perspektiven auf Nachhaltigkeitspolitik, in: *Femina Politica* 01/2010, S. 9-22.

Diese Verknüpfung ist die wichtigste Voraussetzung für die dringende Transformation des individuellen Handelns, der momentanen Machtverhältnisse und wirtschaftlichen Strukturen sowie unserer Beziehung zur Natur.

2 Tschernobylsche Wende und Global Governance durch UNCED

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und die UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung 1992 im brasilianischen Rio de Janeiro markieren den Zenit der Debatten und des zivilgesellschaftlichen Handelns zu den Themen «Frauen und Ökologie» bzw. «Gender und Nachhaltigkeit». Der cäsiumhaltige Regen, der nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1986 über Westeuropa niederging, löste eine nie gekannte Welle der Empörung über die Atomenergie, risikoreiche Technologien und die Verstrahlung von Mensch und Natur aus. Die Besorgnis, dass der GAU eine Bedrohung für das Leben schlechthin, in jedem Fall aber für die Konsumenten der Lebensmittel darstellen könnte, wurde vor allem von Frauen artikuliert. Die radioaktive Gefahr konfrontierte sie als Zuständige für die Alltagsbewältigung in den Haushalten mit zusätzlichen Versorgungsproblemen: Daten über die Kontaminierung von Muttermilch, Pilzen und anderen Nahrungsmitteln oder über die Verseuchung von Böden erzeugten bei Müttern Ängste um ihre Kinder und deren Gesundheit. Selbsthilfegruppen wurden gegründet, um aktuelle Alltagsprobleme zu bewältigen, aber auch NGOs und internationale Netzwerke, die sich systematischer mit den Zusammenhängen von Technik, Entwicklung und dem Mensch-Natur-Verhältnis beschäftigten. Wie kein Ereignis zuvor rief Tschernobyl lokal-globale Zusammenhänge ins Bewusstsein. «Tschernobyl hat unser Leben verändert» – so der Tenor bei den Frauen, die einen Ökofeminismus der Betroffenheit entwickelten und nach Wegen suchten, aus dem System auszusteigen.³

Ideengeschichtlicher Hintergrund: Ökofeminismus

Der Ökofeminismus war seit den 1980er-Jahren der philosophische und theoretische Hintergrund der Diskurse und politischen Aktionen von Frauen. Sein wichtigster theoretischer Referenzpunkt war Carolyn Merchant's wissenschaftskritische Analyse der Zerstörung des organischen Weltbilds durch die experimentelle Naturwissenschaft von Francis Bacon und Isaac Newton. Diese ging historisch mit der Hierarchisierung von

³ Gambaroff, Martina et al. (Hrsg.) (1996): Tschernobyl hat unser Leben verändert. Vom Ausstieg der Frauen, Reinbek.

Mann=Kultur gegenüber Frau=Natur und der Hexenverfolgung einher.⁴ Gleichzeitig wurzelten ökofeministische Konzepte in politischen Erfahrungen aus sozialen Bewegungen wie der Anti-Kernkraft- und der Friedensbewegung sowie im Erfahrungswissen von Frauen.

Grundannahmen des Ökofeminismus

- Unterstellung einer besonderen Naturnähe von Frauen;
- ganzheitliche Sicht auf Mensch-Natur-Verhältnisse, Verwobenheit des Lebens («web of life»);
- eine Analogie zwischen der gewaltförmigen Unterwerfung von Natur und von Frauen («rape of the wild»);
- Kritik an der Hierarchie und dem Dualismus von Frau/Gefühl/Natur ↔ Mann/Vernunft/Kultur/Technik;
- Kritik an modernen Naturwissenschaften und Technologien sowie am Glauben an Machbarkeit und Beherrschbarkeit;
- Aufwertung von Alltags- und Erfahrungswissen von Frauen.

Der sog. «kulturelle Ökofeminismus» wurde höchst kontrovers diskutiert. Ein zentraler Streitpunkt war die unhistorische Verallgemeinerung der Naturnähe von Frauen und eines gewaltförmigen Patriarchats. Der zweite Knackpunkt war die anti-modernistische Position, die einerseits als pauschale Technikfeindlichkeit und andererseits als Idyllisierung vorkolonialer und vorkapitalistischer Gesellschaften daherkam. Das brachte dem Ökofeminismus den Vorwurf der Romantisierung und der Nähe zu konservativen und nationalistischen Kräften ein.⁵

Die zentrale praktische Perspektive, die Ökofeministinnen entwickelten, war der Subsistenzansatz mit einem Fokus auf Selbstversorgung und auf eine auf Kooperation und Wechselseitigkeit beruhende «moralische Ökonomie».⁶ Die an wohlhabende Mittelschichten adressierte Strategie von Konsumverzicht bzw. Konsumbefreiung zielte wie der Subsistenzansatz darauf, sich von den globalen kapitalistischen Märkten abzukoppeln und aus den herrschenden gesellschaftlichen Naturverhältnissen auszuklinken: Frauen wollten ihre Arbeitskraft und ihre Kaufkraft dem naturunterwerfenden System entziehen und dadurch zu seinem Austrocknen beitragen.

- 4 Merchant, Carolyn (1980): *The Death of Nature. Women, Ecology, and the Scientific Revolution*, San Francisco.
- 5 Agarwal, Bina (1992): *The Gender and Environment Debate: Lessons from India*, in: *Feminist Studies* 18, No.1, S. 119-159; Nanda, Meera (2002): *Do the Marginalized Valorize the Margins? Exploring the Dangers of Difference*, in: Saunders, Kriemhild (Hg.) (2002): *Feminist Post-Development Thought*, S. 212-225.
- 6 Bennholdt-Thomsen, Veronika/Mies, Maria (1997): *Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive*, München.

Dagegen wollten viele transnationale Frauennetzwerke in die Aushandlungen neuer Global-Governance-Regime intervenieren, die 1992 nach dem Ende der bipolaren Weltordnung mit der Rio-Konferenz begannen. Um trotz aller Differenzen und Pluralität der Ansätze politisch handlungsfähig und eingriffsmächtig zu sein, konstruierten sie eine «Wir-Frauen-Identität» als eine zielgerichtete strategische Verschwisterung.⁷ Im Jahr 1991 erarbeiteten sie ein eigenes Positionspapier, die «Women's Action Agenda 21»⁸, das sich auch heute in seinen Eckpunkten immer noch aktuell liest: Ausgehend von einer Kritik am Entwicklungsmodell des «freien Marktes» und am wirtschaftlichen Wachstum, plädiert die Frauen-Agenda für eine neue Ethik des Wirtschaftens und des Naturbezugs, für die Wahrung biologischer und kultureller Vielfalt, für Demilitarisierung, für Gerechtigkeit zwischen Süden und Norden sowie für ein Empowerment von Frauen durch demokratische, reproduktive und Ressourcenrechte. Der Kernbegriff dieses Manifests von 1991 ist «sustained livelihood», dauerhafte Lebensgrundlagen. Mit dem Konzept der Überlebenssicherung, das von der Alltagspraxis der Versorgung und dem Reproduktionssektor im Lokalen ausgeht, verknüpften die Frauen Ressourcengerechtigkeit, denn sie brauchen Verfügungsrechte, Kontrollmacht und Entscheidungsbefugnisse. Deshalb forderten sie eine Remoralisierung von Politik und Ökonomie im Rahmen der Umwelt- und Entwicklungskrise und eine gleichberechtigte Partizipation am Prozess der Politikbeeinflussung.

Das Frauen- und Menschenrechtsparadigma

Die Frauennetzwerke, die bei internationaler Politik und Global Governance mitmischen wollten, bezogen sie sich seit Beginn der 1990er-Jahre auf das Menschenrechtsparadigma der Vereinten Nationen. Das emanzipatorische Potential des Rechtsansatzes liegt in der Überwindung des Ausschlusses und in der Anerkennung von Frauen als gleiche und differente Rechtssubjekte. Für die vielfältigen Frauenbewegungen stellte dieses Frauen-/Menschenrechtsparadigma einen gemeinsamen Referenzrahmen und ein normatives Verbundsystem dar, das sowohl Themen als auch verschiedene politische Handlungsebenen vom Lokalen zum Globalen verknüpft. Die Prinzipien von Nicht-Diskriminierung, Gewaltfreiheit und Gleichheit bestimmen die Einlösung von Frauen- und Menschenrechten.

Der Rechtsansatz veränderte das politische Selbstverständnis der Frauen: Sie traten nun als Trägerinnen eines allgemeinen Rechtsanspruchs auf, als zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Rechtssubjekte, nicht mehr primär als Bittstellerinnen und Bedürftige, wie dies zuvor der Fall gewesen

7 Wichterich, Christa (1992) Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio, Heinrich-Böll-Stiftung, Köln.

8 <http://www.iisd.org/women/action21.htm>

war. Im entwicklungspolitischen Kontext signalisierte dies einen Paradigmenwechsel von einem Grundbedürfnisansatz mit einer Wohlfahrtsorientierung zu einem Grundrechteansatz mit einer Gerechtigkeitsorientierung.⁹ In den Handlungskonzepten standen jetzt Forderungen nach politischer Einlösung von Rechtsansprüchen und nach Mitgestaltung von Politik und Demokratie, von Wirtschaft, Entwicklung und Frieden im Vordergrund. Staaten stehen in einer dreifachen Verantwortung: Sie sind verpflichtet, gesellschaftliche Bedingungen herzustellen, die Frauen- und Menschenrechte respektieren, schützen und einlösen.

Bei der UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 etablierten die Frauennetzwerke eine neue Kultur zivilgesellschaftlicher Partizipation mit konstruktiven Aushandlungsstrategien gegenüber den Regierungen. Auf dem parallelen NGO-Forum waren sie die stärkste Gruppe. Erstmals kamen sie als «Global Women's Lobby» aus der Frauennische heraus und versuchten, sich mit Lobbying und Mainstreaming von Gender-Perspektiven systematisch in alle entwicklungs- und umweltpolitischen Sektoren einzumischen. Der historische Erfolg dieser Doppelstrategie von zivilgesellschaftlich autonomem und regierungsbezogenem Handeln war, dass die Agenda 21, das Abschlussdokument der Konferenz, Frauen als wichtige Akteurinnen in Entwicklung und Umwelt anerkennt und ihnen eine bedeutende Rolle für Umweltschutz und Armutsbekämpfung zuweist. Die Kernpunkte des Frauenmanifests – Strukturkritik an Entwicklung und der ressourcenräuberischen Wachstumsökonomie einerseits und die Orientierung am «Livelihood»-Ansatz andererseits – finden sich dagegen nicht in der Agenda 21 wieder. Im Gegenteil, diese lebt von einem Markt-, Effizienz- und Technikoptimismus.

In diesem Kontext übernahmen nun auch die Frauennetzwerke die Leitorientierung der Nachhaltigkeit, die ökologische, soziale und ökonomische Verhältnisse zusammendenkt. Sie bietet feministischen ganzheitlichen Ansätzen viele Anknüpfungspunkte von der Ebene der «Lokalen Agenda 21» bis zu internationalen Umwelt-Konventionen. Frauenrechtlerinnen wollten sektorübergreifend den Generationenvertrag der Nachhaltigkeit um einen Geschlechtervertrag ergänzen. Allerdings gab es auch kritische Stimmen: Das Süd-Frauen-Netzwerk DAWN nannte nachhaltige Entwicklung einen Widerspruch in sich selbst, denn Entwicklung, definiert über Wachstum, Handelsliberalisierung und Effizienz – wie in der Agenda 21 geschehen –, nötige dazu, die Erhaltung und den Schutz von Ressourcen zu torpedieren. DAWN verband daher die Forderung nach einer

⁹ Butegwa, Florence (1995): International Human Rights Law and Practice: Implications for Women, in: Schuler, Margaret (Hg.): From Basic Needs to Basic Rights: Women's Claim to Human Rights, Washington, S. 27-39.

geschlechtergerechten Entwicklung mit der nach einer Transformation des weltmarkt- und wachstumsorientierten Entwicklungsmodells.¹⁰

Basierend auf einem liberalen Gleichheitskonzept, forderte die Frauenlobby Partizipation und Entscheidungsmacht bei der internationalen Umwelt-Governance.¹¹ Gleichwohl ist der Lobbybegriff dahingehend engführend, dass er nahelegt, dass hier Partikularinteressen von Frauen im bestehenden System verfolgt werden. Tatsächlich aber ist sowohl Kritik als auch Gestaltung politischer Strategien und Ziele in einem Gemeinwohl- und Gerechtigkeitsinteresse ein Anliegen feministischer Advocacy-Arbeit. So warnten auch einige Protagonistinnen wie Bella Abzug, die Wortführerin der Global Women's Lobby: «Women don't want to be mainstreamed into a polluted stream.»

Mit diesem Spektrum von Positionen zwischen Livelihood-Ansatz und Kritik der Wirtschafts- und Naturverhältnisse einerseits und der Effizienzsteigerung des Umweltmanagements und wachstumsoptimistischer Nachhaltigkeit andererseits öffneten sich breite Handlungsfelder in der Politik und der Alltagspraxis. Diese politischen Positionen wie auch ihre philosophisch-ideengeschichtlichen Hintergründe bestimmten sehr unterschiedliche genderpolitische Strategien, aber auch geschlechtsspezifische Stereotypen von Akteursrollen und Muster der Naturbezüge. Dabei kommt es zu einer Ambivalenz zwischen dem Ziel der Gleichstellung bzw. dem Empowerment von Frauen und einer Instrumentalisierung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, der weiblichen Fürsorge und Naturnähe und der männlichen Techniknähe für die Beherrschung oder aber die Bewahrung von Natur.

Ein Beispiel für diese Ambivalenz ist das entwicklungspolitische Konzept von «Women, Environment and Development» (WED), das in den 1990er-Jahren versuchte, eine Gender-und-Umwelt-Perspektive in alle entwicklungspolitischen Sektoren einzubringen.¹² Geschlechtsspezifische Unterschiede zu benennen ist die allererste Voraussetzung dafür, sie zu verändern. Dabei entwickelte sich jedoch auch die Tendenz, Frauen als unbezahlte Artenschützerinnen und sparsame Ressourcennutzerinnen für die Aufbereitung verschmutzten Wassers bis zum Bäumchenpflanzen zu instrumentalisieren, ohne dass ihnen Ressourcenzugänge und Eigentumsrechte gesichert wurden.¹³ Frauen wurden lieber als

10 DAWN (1992): Environment and Development: Grass Roots Women's Perspective, Barbados.

11 Rodenberg, Birte (1998): Von der Mülltrennung zum Machtgewinn: Internationale Frauen-Umweltpolitik, in: Ruppert, Uta (Hg.): Lokal bewegen – global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht, Frankfurt, S. 106-130.

12 Dankelman, Irene/Davidson, Joan (1990): Frauen und Umwelt in südlichen Kontinenten, Wuppertal; Rodda, Anabel (1991): Women and the Environment, London.

13 Braidotti, Rose et. al. (1994): Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis, London; Harcourt, Wendy (ed.) (1994): Feminist Perspectives on Sustainable Development, London/New Jersey.

nimmermüde Schutz- und Putztruppe in der degradierten Umwelt mobilisiert, als die Politik nutzungs-, umwelt- und geschlechtergerecht umzugestalten.¹⁴

An den drei aktuellen Themen «Klima», «Ernährung» und «alternative Ökonomie» lässt sich im Weiteren nicht nur das Spannungsverhältnis der markt-orientierten und der versorgungsorientierten Lösungsansätze für das Ziel ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit zeigen, sondern es wird auch deutlich, wie wichtig diesbezüglich die Gender-Perspektive ist und welchen wesentlichen Unterschied sie für bessere Verhältnisse macht.

14 Woroniuk, Beth/Hunt, Juliet/Tabeth, Matiyz Chiuta (1998): *Mainstreaming Gender. Equality Perspectives in Bilateral Development Cooperation Focused on the Environment*, o. O.

3 Klima- und Geschlechtergerechtigkeit

In der Diskussion des Klimawandels und den Verhandlungen zur UN-Klimarahmenkonvention von 1992 (UNFCCC) zeigen sich prototypisch unterschiedliche Gender-Stereotypen und -Bezüge: von der Ausblendung der sozialen Kategorie «Geschlecht», wenn es um Vermeidung von Emissionen und um Finanzierung geht, bis zu Mainstreaming-Ansätzen, wo es um Anpassung an den Klimawandel geht, und dem Fokus auf Frauen als Opfer und auf Männer als Macher. Das Geschlechtergefälle ist am größten beim Zugang zu und der Entscheidungsmacht in den Bereichen «Klimapolitik», «Klimafinanzierung» und «Technologien»: beispielsweise bei Techno Fixes wie Off-Shore-Windparks oder dem Geo-Engineering wie CO₂-Verpressung, die wissenschaftlich wie ökonomisch gänzlich männlich konnotiert sind.

Internationale Frauennetzwerke hatten bei der UNCED-Konferenz 1992 stark für einen Umbau der Produktions- und Konsummuster vor allem im Norden plädiert, um den Naturverbrauch allgemein und die Produktion von Treibhausgasen im besonderen zu reduzieren. Dies knüpfte an damals verbreitete Konsumverzichts- und Suffizienzstrategien an und setzte einen Kontrapunkt zu der Machbarkeitseuphorie der Effizienzverfechter, die allein auf technologische Lösungen des Klimaproblems setzten.

Die Orientierung an Klimagerechtigkeit, die in den vergangenen Jahren zunächst von zivilgesellschaftlicher Seite zum Schlüsselkonzept wurde, setzt diese Perspektive fort und verlangt eine differenzierte Sicht auf die Entstehung und Verminderung klimaschädlicher Treibhausgase. Der Gerechtigkeitsdiskurs in den internationalen Verhandlungen bezieht sich allerdings primär auf das Verhältnis zwischen Norden und Süden und kreist um die historisch akkumulierte Schuld der Ökonomien des Nordens als Verursacher von Treibhausgasen und Klimawandel. Die Formel von «gemeinsamer, aber differenzierter Verantwortung» für den Klimaschutz trägt dem Rechnung. Dieser Verursacherdiskurs blendet jedoch soziale Unterschiede innerhalb von Gesellschaften, einschließlich Geschlechterunterschiede, aus. Dagegen stellen zivilgesellschaftliche Organisationen nach dem Verursacherprinzip die energie- und ressourcenintensiven Muster von Produk-

tion und Konsum der globalen Mittelschichten, die «imperiale Lebensweise»¹⁵, vor allem im Norden auf den Prüfstand. Sie blicken auf «energiedemokratische» dezentrale Lösungen, die auch bessere Zugangs- und Beteiligungschancen für Frauen bereithalten als zentralistische und großtechnologische Lösungsansätze.

Im Unterschied zu diesem Ansatz wurde seit der Rio-Konferenz die Natur im Rahmen eines globalen Effizienzmodells zum Zweck ihres Schutzes in ein Subsystem des Marktes verwandelt, indem sie quantifiziert, bepreist, in Privateigentum verwandelt und gehandelt wird. «Selling nature to save it», nennt Kathrin McAfee diese Inwertsetzungsstrategie, die inzwischen die Klimaverhandlungen dominiert und ein Gegenmodell zu Suffizienz und Klimagerechtigkeit ist.¹⁶ Es ist nicht nur so, dass der Handel mit Emissionsrechten keine Reduktion erzeugen kann, vielmehr verstärken Marktmechanismen wie Payment for Ecosystem Services (PES) und Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation (REDD) die ungleichen Austauschbeziehungen zwischen Nord und Süd, aber auch innerhalb des Südens.

Von Verursachern und Opfern

Frauen und Männer sind vom Klimawandel ebenso unterschiedlich betroffen wie von den politischen Lösungsansätzen. Die Klimaveränderungen potenzieren bestehende Armut- und Umweltprobleme und präkarisieren Ökosysteme und Livelihood-Ressourcen in den ärmsten Ländern. Überall sind arme Bevölkerungsgruppen am stärksten betroffen, weil sie über die geringsten Schutz- und Ausweichmöglichkeiten oder Rückfallpositionen verfügen. Wo Regenfälle und Jahreszeiten unberechenbar werden, bringt das die Zyklen von Aussaat und Ernte durcheinander, beeinträchtigt die landwirtschaftliche Produktivität und Ernährungssicherung und fordert Anpassungsleistungen. Wo im Namen des Klimaschutzes Agrartreibstoffe in Monokulturen wie z.B. Palmölplantagen industriell angepflanzt werden, verdrängt dies einmal mehr den kleinbäuerlichen Anbau für die Selbstversorgung und die lokalen Märkte, die überwiegend Frauensache ist. Wo unter dem Clean Development Mechanism (CDM) Emissionsrechte als CO₂-Zertifikate zwischen Norden und Süden gehandelt, Wälder aufgeforstet und als Kohlenstoffsenken unter Naturschutz gestellt werden, wird lokalen Anwohnern die Waldnutzung untersagt, sie werden vertrieben oder umgesiedelt.¹⁷ Folgen sind eine Prekarisierung auf dem Land, soziale Unterschiede werden

15 Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise, in: Demirovic, Alex et al. (Hg.) (2011): Vielfachkrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg, S. 79-95.

16 McAfee, Kathrin (2011): Nature in the Market-World: Social and Development Consequences and Alternatives; UNRISD, [http://www.unrisd.org/80256B42004CCC77/\(httpInfoFiles\)/3F9726366CFA71A6C12579210032B07B/\\$file/1-2%20McAfee.pdf](http://www.unrisd.org/80256B42004CCC77/(httpInfoFiles)/3F9726366CFA71A6C12579210032B07B/$file/1-2%20McAfee.pdf); Stern, Nicolas (2006): Report on the Economics of Climate Change, <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk>.

17 Isla, Ana (2009): Who pays for the Kyoto Protocol? in: Salleh, Ariel (Hg.) (2009): Eco-Sufficiency & Global Justice. Women Write Political Ecology, London/New York, S. 199-218.

verfestigt oder vergrößert, Landflucht ist die Folge. Das bedeutet aber auch, dass diejenigen am meisten unter den direkten und indirekten Folgen der Erderwärmung leiden, die am wenigsten zu seiner Verursachung beigetragen haben und ohnehin schon durch eine vieldimensionale Armut gestresst sind.¹⁸

Auch Unwetter und Klimakatastrophen treffen fatalerweise die schwächsten und sozio-kulturell diskriminierten Gesellschaftsmitglieder am heftigsten. In den 2004 am stärksten vom Tsunami betroffenen Gebieten in Indien, Indonesien und Sri Lanka kamen bis zu viermal mehr Frauen als Männer ums Leben.¹⁹ Frauen rückten als «verletzliche Gruppe» und als durch klimatische Veränderungen und Naturkatastrophen besonders Betroffene ins Blickfeld, als es in der Entwicklungs- und Umweltpolitik und bei den Klimaverhandlungen um Anpassung – «adaptation» – an Klimaveränderungen ging. Deshalb erscheinen Frauen aus der Perspektive der Folgenabschätzung des Klimawandels zunächst wieder einmal stereotyp bloß als Opfer, als passiv – und nicht als Handelnde mit Kompetenzen.

Regionale Folgen des Klimawandels und Auswirkungen auf die Überlebensstrategien von Frauen

- Beeinträchtigung der Landwirtschaft und Ernährung, weil Jahreszeiten, Trockenperioden und Regenfälle unberechenbar geworden sind, Erhöhung der Arbeitsbelastung, Verlust an Produktivität und Ernte;
- Veränderungen des Wasserhaushalts, steigender Meeresspiegel, Unwetter, Starkregen, Gletscherschmelze, Überschwemmungen;
- Verlust von biologischer Vielfalt, Pflanzen- und Tierarten sowie Fischbeständen durch Erwärmung;
- Degradierung von Wäldern, Verlust von Kohlenstoffspeichern und forstwirtschaftlichem Ressourcen- und Nutzraum;
- Verlust von Land und Küste, Bodenerosion, Desertifikation;
- Verletzung von Livelihood-Rechten durch Anbau von Agrartreibstoffen und Konservierung von Wäldern als Kohlenstoffsinken;
- gesundheitliche Risiken durch Infektionen und Klimakatastrophen;
- Armuts- und klimabedingte Zunahme von Landflucht.

¹⁸ Die vier von der Heinrich-Böll-Stiftung seit 2007 durchgeführten Studien in Südafrika, Namibia, Botswana und Mosambik und eine regionale Zusammenfassung finden sich bei <http://www.boell.org.za>; siehe auch: Jenny Jungehülsing (2011): Women who go, women who stay: Reactions to Climate Change, Heinrich-Böll-Stiftung North America, <http://www.boell.org/web/52.html>; Terry, Geraldine (Hg.) (2009): Climate Change and Gender Justice, Oxfam; WEDO (2003): Common Ground. Women's Access to Natural Resources and the United Nations Millennium Development Goals, New York.

¹⁹ <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,362711,00.html>

Gender Mainstreaming

Die Klimarahmenkonvention wies nicht einmal Spurenelemente von Gender auf. Ganz offensichtlich haben CO₂-Emissionen, also aggregierte Daten, die im Zentrum der wissenschaftlichen Forschung und aller politischen Verhandlungen stehen, kein Geschlecht. Der Klimawandel wurde primär als globales und lokales naturräumliches Problem gesehen. Seine soziale und ökonomische Dimension fand weniger Beachtung.²⁰ Bricht man jedoch die Problematik von Treibhausgasen und Klimaveränderungen von der hohen makropolitischen und technischen Ebene herunter auf die Mikroebene der lokalen Akteur/innen und Betroffenen, eröffnen sich geographisch, sozial und geschlechtsspezifisch höchst differenzierte Perspektiven. Diese zeigen eine komplexe Verwobenheit von Ökologie, Ökonomie und Gerechtigkeitsfragen: einerseits zwischen hochindustrialisierten Ländern, Schwellenländern und Entwicklungsländern; andererseits zwischen sozialen Klassen, den Geschlechtern und Generationen in allen Gesellschaften.

Ein geschlechtsdifferenzierender Blick findet jetzt zunehmend in klimabezogene lokale Entwicklungs- und Umweltprojekte und nationale Politikplanungen Eingang. Auf der Projekt- und Programmebene werden immer mehr Gender-Analysen durchgeführt. Allerdings stellten jüngste Studien fest, dass keine systematische Auswertung von Geschlechterungleichheiten erfolgt, wenn sektorale Strategien entwickelt werden. Merkwürdigerweise verdunsten Gender-Aspekte – wie auch in entwicklungspolitischen Ressorts – im Laufe der Implementierung, des Monitoring und der Evaluierung von umwelt- und klimabezogenen Projekten.²¹ Die verengte Wahrnehmung von Frauen als Opfer verhindert eine konstruktive Bezugnahme auf ihr Erfahrungswissen und ihre Problembewältigungskompetenzen, die z.B. Kleinbäuerinnen in der notwendigen Anpassung an Klimaveränderungen längst entfalten. Sektor- und Empowerment-Strategien, Klima- und Geschlechtergerechtigkeit werden nicht kohärent verknüpft.

Da Gender in den Verhandlungen zur Emissionsreduzierung – «mitigation» – und in entsprechenden nationalen Aktionsplänen (NAMA) weiterhin ein blinder Fleck ist, betonen Frauenorganisationen immer wieder geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Verursachung von Treibhausgasen. Energie- und klimapolitische Kohärenz würde bedeuten, das Prinzip «gemeinsamer, aber differenzierter Verantwortung» immer in Bezug auf soziale und geschlechtsspezifische Unterschiede mit zu reflektieren.²²

20 Rodenberg, Birte (2009): Anpassung an den Klimawandel aus Geschlechterperspektive, DIE-Papier 31/2009, Bonn; Schalatek, Liane (2010): Geschlechtergleichheit – (k)ein Mandat für internationale Klimaverhandlungen, in: *Femina Politica* 1/2010, S. 56-67.

21 Otzelberger, Agnes (2011): Gender-Responsive Strategies on Climate Change: Recent Progress and Ways Forward for Donors, IDS/BRIDGE.

22 Spitzner, Meike (2009): How Global Warming is Gendered, in: Salleh, Ariel (Hrsg.) (2009): *Eco-Sufficiency & Global Justice. Women Write Political Ecology*, London/New York, S. 218-230; Terry, Geraldine (2009): No climate justice without gender justice: an overview of the issues, in: *Gender and Development*, 17. Jg., 1, S. 5-18.

Mit der Devise «No climate justice without gender justice» fordern Entwicklungsexpertinnen geschlechtergerechte Maßnahmen und gendersensible Kriterien für eine verbindliche Emissionsreduktion sowie die Bereitstellung von Mitteln zur Anpassung an den Klimawandel, zur Armutreduktion und zur Umsetzung von Ressourcen- und Entwicklungsrechten. Dazu müssten ein «Gender Plan of Action» für das globale Regime zur Klimafinanzierung erstellt, Gender Budgets für klimabezogene Projekte und Programme sowie Gender-Audits von neuen Klimafinanzmechanismen durchgeführt werden.²³ Ein Gender-Ansatz, der systematisch auf dem Rechtsparadigma aufbaut, ist im Bereich Klimafinanzierung und bei der Gestaltung immer neuer Fonds unabdingbar.

Allerdings bricht in Bezug auf den Einsatz von marktförmigen Instrumenten ein grundsätzlicher Zielkonflikt zwischen Gleichstellung und Emissionsreduktion auf. Das Frauennetzwerk GenderCC lehnt die Einbeziehung von wald- und landwirtschaftlichen Zertifikaten im internationalen Emissionshandel und die damit einhergehende Finanzialisierung von Natur, z.B. Böden, ab und setzt sich nicht für ein Engendering der entsprechenden Finanzierungsinstrumente ein. Grundsätzlich sieht GenderCC keine nachhaltige Lösung des CO₂-Problems und des Klimawandels durch Marktmechanismen und technische Großprojekte und will sich nicht mit dem Ziel der Geschlechtergleichstellung auf einen als falsch erachteten Lösungspfad einlassen. Vielmehr fordert es als dringlichste Maßnahme eine Reduktion der Emissionen durch einen Wandel der Produktions- und Konsummuster und durch dezentrale, demokratisch kontrollierte Technologie. Aus einer Reproduktions- und Alltagsperspektive könnte der Aufbau von dezentraler Energieversorgung ein wesentlicher Schritt hin zu einer klimagerechten Energiedemokratie sein. Diese Position korrespondiert mit dem Kampf der Ogoni-Frauen in Nigeria, die den Widerstand gegen Shell anführten: «Eine andere Energiezukunft» muss ihrer Meinung nach darauf basieren, «den Glauben an exportorientiertes Wachstum zugunsten von lokaler Bedarfserfüllung aufzugeben».²⁴

Dagegen will die Global Gender and Climate Alliance (GGCA)²⁵, ein Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen und UN-Organisationen, durch Gender Mainstreaming jeden potentiellen Vorteil für Frauen ausschöpfen. Pragmatisch plädiert sie für eine Gender-Sensibilisierung aller Mechanismen und hofft, dass Frauen im globalen Süden durch Partizipation z.B. an REDD, der Kommerzialisierung des Waldschutzes, kurzfristig ökonomisch profitieren, wie Frauen-

23 Schalatek, Liane (2009): Gender and Climate Finance: Double Mainstreaming for Sustainable Development, Heinrich Boell Foundation North America; Schalatek, Liane (2011): Eine Frage der Prinzipien. Ein normativer Rahmen für einen globalen Pakt zur öffentlichen Klimafinanzierung, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.

24 Brownhill, Leigh/Turner, Terisa (2009): Women and the Abuja Declaration for Energy Sovereignty, in: Salleh, Ariel (Hrsg.): Eco-Sufficiency & Global Justice, London/New York, S. 243.

25 www.gender-climate.org

gruppen in Südindien mit Zertifikaten auf Biogasanlagen.²⁶ Mit der Priorisierung von Geschlechtergleichheit unterstützt sie – zumindest implizit – marktorientierte Lösungspfade, deren Wirkung und Nachhaltigkeit empirisch nicht belegt und politisch und wissenschaftlich hochgradig umstritten sind.

Gender in den Verhandlungen

Die ersten Gender-Bezüge, die bei den Vertragsstaatenkonferenzen (COP) zum Kyoto-Protokoll auftauchten, bezogen sich lediglich auf die Partizipation von Frauen an den Regierungsdelegationen und ihre Berücksichtigung bei nationalen Aktionsplänen zur Anpassung an den Klimawandel (National Adaptation Plans of Action, NAPA). Erst 2008, bei der 13. COP in Bali, erzielte die internationale Frauenlobby, repräsentiert durch die Netzwerke GenderCC, GGCA, WEDO und WECF²⁷, einen Durchbruch. Das UNFCCC-Sekretariat benannte eine Gender-Koordinatorin und forderte die Mitgliedstaaten zu gender-inkluisiven Maßnahmen auf. Seitdem finden sich zunehmend Gender-Bezüge und eine Anerkennung von Frauenrechten in den Verhandlungsdokumenten – zumindest auf der sprachlichen Ebene. Im Jahr 2008 betonte dann die Frauenrechtskommission (CSW) in New York, wie notwendig zum einen eine systematische Verknüpfung von Gender und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, zum anderen eine systematische Beteiligung von Frauen auf allen Planungs- und Entscheidungsebenen und im Finanzierungsbereich ist. 2011 gelang es, in den Global Climate Fund durchgängig Gender-Bezüge zu verankern. Damit ist der Klimawandel im normativen Bezugsrahmen von Geschlechtergerechtigkeit angekommen, der durch die Eckpunkte von Frauen- bzw. Menschenrechten, politischer Partizipation und demokratischer Governance markiert ist.

Allerdings kommen nach jüngsten UN-Angaben von den klimabezogenen Mitteln, z.B. von den 6,5 Milliarden Dollar des von der Weltbank finanzierten Climate Investment Funds, nur wenige an der Basis und bei denjenigen Frauen an, die sie zur Anpassung an Klimaveränderungen dringend benötigen.²⁸ Die Gelder fließen in Großprojekte – Paradebeispiel: Desertec in der Sahara – und in technische und marktformige Lösungsansätze zur Effizienzsteigerung fossiler Brennstoffe, zur Erschließung erneuerbarer Energiequellen und den Handel mit Verschmutzungsrechten. Frauen sind als unmittelbare Zielgruppe selten bedacht, die «soziale Dimension» rangiert hinter den ökologischen Zielen.

²⁶ Zur kontroversen Diskussion von REDD siehe Heinrich-Böll-Stiftung: Dollars, hopes and controversies – REDD in the Amazon, <http://www.fairclimate.com/ngos/adats.aspx>.

²⁷ www.genderCC.net; <http://www.wedo.org/category/themes/sustainable-development-themes/climatechange>; <http://www.wecf.eu/english/energy-climate/>.

²⁸ www.guardian.co.uk, 28. Juni 2011.

Argumentationsfalle Bevölkerung

Eine medial beliebte, schlichte Denkfigur, die von der Notwendigkeit struktureller Veränderungen ablenkt, ist der Topos des Bevölkerungswachstums. Er lebt im Kontext des Klimawandels erneut auf. In den frühen Entwicklungsdekaden wurde mithilfe des Schreckgespensts von der «Bevölkerungsexplosion» der Mythos geschürt, Armut und Hunger seien Folgen des Bevölkerungswachstums und Geburtenkontrollen im Süden das probateste Mittel der Armutsreduktion. Als Gegenpol gegen die malthusianische Denkstarre entwickelten Frauen Netzwerke in den 1990er-Jahren das Konzept von sexuellen und reproduktiven Rechten im Kontext gesellschaftlicher Ungleichheit und patriarchaler Machtverhältnisse.

Die neuen Großmächte China und Indien beweisen nun, dass eine große Zahl junger Leute, genau die, die im «Überbevölkerungs»-Diskurs als «überflüssig» definiert worden waren, keineswegs ein Hindernis für Wachstum und wirtschaftlichen Aufschwung sein müssen, im Gegenteil: Sie gelten jetzt als ökonomischer Vorteil im globalen Wettbewerb. Statt des Armutstopos ist es nun ein ökologischer Begründungszusammenhang, der die Bevölkerungsentwicklung im Süden erneut als Bedrohung definiert und von dem großen demographischen Problem vieler Gesellschaften in Norden und Süden, nämlich der Überalterung der Bevölkerung, absieht. Die gleichzeitige Klage über zu geringe Geburtenraten im Norden zeigt einmal mehr, wie rassistisch aufgeladen die Rede von «Überbevölkerungen» ist.

Die simple Rechnung, dass mehr Menschen mehr Nahrung, Wasser, Energie und Ressourcen brauchen, wird benutzt, um die prinzipielle Notwendigkeit herzuleiten, dass die Ökonomie, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und der Naturverbrauch auch wachsen müssen. So wird das Bevölkerungswachstum als Referenzpunkt im Klimakontext bemüht, wenn es darum geht, technische und marktbezogene Lösungen schnell mit dem Argument durchzusetzen, dass eine wachsende Weltbevölkerung mehr Emissionen verursacht.²⁹ Bei solch monokausalen und geradlinigen Berechnungen geraten der weltweit und gesellschaftlich höchst unterschiedliche Ressourcenverbrauch und Konsum aus dem Blick, und es bleibt außer acht, dass die Regionen und Bevölkerungsgruppen mit derzeit hohen Geburtenraten einen geringen Pro-Kopf-Ressourcen- und -Energieverbrauch und geringe Emissionen haben.³⁰ Die Befriedigung der Grundbedürfnisse einer größeren Bevölkerung erscheint nur als Frage von Wachstum, Produktivitätssteigerung und Effizienz und nicht als Frage von Verteilung, Umverteilung und Suffizienz angesichts endlicher Ressourcen. Paradigmatisch legitimiert die Welternährungsorganisation FAO mit den prognostizierten 9 Milliarden

29 Röhr, Ulrike (2010): No Gender. Der Klimagipfel versagte auch bei der Geschlechtergerechtigkeit, in: *iz3w* 317, S. 8f.

30 Wangari, Esther (2002): Reproductive Technologies. A Third World Feminist Perspective, in: Saunders, Kriemhild (Hrsg.): *Feminist Post-Development Thought*, London/New York, S. 298-313.

Menschen ihren Fokus auf Produktivitätssteigerung und globale landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten. Andere nehmen den altbekannten Argumentationsstrang Familienplanung wieder auf und fordern in direktem Kurzschluss Kontrazeptiva gegen den Klimawandel. Auch UNEP plädiert in seinem Green-Economy-Papier für die weitere Verbreitung von Verhütungsmitteln in den Ländern des Südens als eine Art «grüne» Maßnahme.

4 Ernährung und Landwirtschaft

Der historische Skandal, dass durch dramatische Preissteigerungen im Jahre 2007 der weltweite Hunger enorm zugenommen hat, obwohl genug für alle auf dem Planeten vorhanden ist, ist Ausdruck einer Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik, die sich der Effizienz- und Renditelogik des kapitalistischen Marktes untergeordnet hat. Industrielle, monokulturelle und chemieintensive Produktion, der globale Handel und die Finanzialisierung von Nahrungsmitteln bis hin zu Spekulationen auf Ernten und Preisentwicklungen zeigen, wie diese gewinnbesessene Ökonomie den ureigensten Zweck allen Wirtschaftens, Bedarf zu befriedigen und Leben zu erhalten, aushöhlt oder gar in ihr Gegenteil verkehrt. Wer mit Nahrungsmitteln zockt, spielt Russisch Roulette mit den Leben der Armen. Dies ist ein erschreckendes Beispiel für die Skrupellosigkeit und die zerstörerische Kraft der kapitalistischen Wirtschaft. Zusätzlich spitzten das «land grabbing» im Süden – die Landnahme großer Flächen durch in und ausländische Großinvestoren – sowie der großflächige Anbau von Agrartreibstoffen die Fragen von Landbesitz, Ressourcennutzung und Unterernährung dramatisch zu. In diesen Landnahmen und Investitionen setzt sich ein Strukturwandel von Wirtschaft, Umwelt und sozialen Zusammenhängen in ländlichen Regionen fort: Landwirtschaftliche Nutzungsformen und Anbauweisen für die regionalen Kreisläufe, die Binnenmärkte und die Selbstversorgung der Haushalte werden durch «grüne» Revolutionen, durch Privatisierung und Patentierung lokaler Biodiversität, durch neue Landmärkte und den Aufbau globaler Wertschöpfungsketten verdrängt und entwertet.

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist der Dreh- und Angelpunkt für Ernährungssicherung, aber auch für das duale Land- und Ressourcennutzungssystem, in dem sich kommerzielle chemieintensive Monokulturen (meist für den Export) und auf lokale Märkte und Selbstversorgung ausgerichtete Mischkulturen gegenüberstehen.³¹ Frauen sind als Wahrerin des Saatguts und der Biodiversität das Rückgrat der Nahrungsmittelproduktion. Sie gelten mit ihren Küchengärten in den lokalen Gemeinschaften als zuständig für die «food crops», die die Ernährung sichern. Die «cash crops» und Geldeinkommen sind dagegen männlich definiert. Gleichwohl erledigen die Frauen auch einen Großteil der kontinuierlichen Arbeiten auf den Cash-crop-Feldern der Männer oder produ-

31 Krishna, Sumi (Hrsg.) (2004): *Livelihood and Gender: Gender in Community Resource Management*, New Delhi; Rupp, Helen (2007): Von «Ernährerinnen der Welt» und flexiblen Arbeitskräften im Agro-Exportsektor, in: *Reader des Aktionsbündnisses globale Landwirtschaft zu G8*, Frankfurt, S. 42-45.

zieren als Vertragsbäuerinnen oder Tagelöhnerinnen Gemüse, Obst oder Blumen für den Export, d.h. sie sind in transnationale landwirtschaftliche Verwertungszusammenhänge einbezogen.³²

In den Haushalten sind Nutzungskontroversen häufig: Männer plädieren für schnell wachsende, Geldeinkommen versprechende Sorten, Frauen für risikoarme, Versorgungssicherheit garantierende Spezies; Technik- und modernisierungsorientierte Männer sind trotz hoher Kosten eher für das von Konzernen angebotene Hybridsaatgut oder für Tiefbohrungen zur Bewässerung zu gewinnen als Frauen. Diese Konflikte werden in der Regel aufgrund von Landrechten entschieden: Männern gehört das Land, sie entscheiden – auch wenn die Frauen die Arbeit machen.³³ Trotz des großen Verantwortungs- und Arbeitsanteils von Frauen in der Landwirtschaft fehlt es ihnen an Eigentums- und Nutzungsrechten an Land und anderen produktiven Ressourcen, an Zugang zu modernen Ressourcen wie Technologie, Krediten und Fortbildung und an Entscheidungsmacht innerhalb der Haushalte.

Unter dem Einfluss lokaler, regionaler und globaler Marktkräfte und durch die Migration der Männer auf Jobsuche in die Städte verändert sich die sozio-kulturelle Zuweisung geschlechtsspezifischer Aufgaben und Fähigkeiten. Die Abwanderung der Männer führte in vielen Regionen zu einer Feminisierung der Landwirtschaft, kulturelle Normen, z.B. dass Frauen nicht pflügen dürfen, weichen auf, ihre Arbeitsbelastung wächst, die Feminisierung der Verantwortung nimmt zu.

Komplexe Zusammenhänge von marktförmigen Eingriffen in die Natur und Kommerzialisierung von Ressourcen, Umweltveränderungen und Klimakatastrophen wie Dürren oder Überschwemmungen erschweren den Zugang vor allem armer Frauen zu (über-) lebenswichtigen Ressourcen und erhöhen ihre Arbeitsbelastung im Alltag. Zwar haben auch Frauen in landbesitzenden Klassen meist keine eigenen Landrechte, doch reiche Bauernhaushalte können ihren Energie- und Futterbedarf mit eigener Biomasse decken oder verfügen über die finanziellen Mittel, um die notwendige Energie zu kaufen. Das bedeutet, dass der Ressourcenzugang von Frauen, aber auch die Auswirkungen von Umweltkrisen stark durch die Zugehörigkeit zu sozialen Klassen oder ethnischen Gruppen und die Eigentumsverhältnisse bestimmt sind.

Arme haben keine Ausweichmöglichkeiten, wenn infrastrukturelle Großprojekte wie Highways und Staudämme sie vertreiben oder Industrialisierung und

32 Wichterich, Christa (2004): Überlebenssicherung, Gender und Globalisierung. Soziale Reproduktion und Livelihood-Rechte in der neoliberalen Globalisierung, Wuppertal Papers zur Globalisierung, Wuppertal.

33 Sachs, Carolyn (1996): Gendered Fields, Boulder; Leach, Melissa (1991): Engendered Environments: Understanding Natural Resource Management in the West African Forest Zone, in: *IDS Bulletin* 22,4, S. 17-24; Lachenmann, Gudrun (2001): Die geschlechtsspezifische Konstruktion von Umwelt in der Entwicklungspolitik, in: Nebelung, Andreas/Proferl, Angelika/Schultz, Irmgard (Hg.) (2001): Geschlechterverhältnisse – Naturverhältnisse. Feministische Auseinandersetzungen und Perspektiven der Umweltsoziologie, Opladen, S. 247-269.

Urbanisierung ihre Lebensgrundlagen beeinträchtigen oder zerstören und zum Verlust von Artenvielfalt führen. Die Privatisierung von Land- und Wasserressourcen, staatliche Verbote des Zugangs zu Wäldern oder Konzessionsvergabe an private Unternehmen ziehen ihnen im wahrsten Sinne des Wortes den Boden unter den Füßen weg. Das bedeutet, dass dieser Strukturwandel der gesellschaftlichen Ressourcenbewirtschaftung die kleinbäuerliche Ernährungssicherung und die versorgungsorientierte Handlungsrationalität von Frauen, ihre Livelihood-Rechte und ihre Ökonomie der Wechselseitigkeit systematisch unterlaufen. Das wiederum hat fatale sozio-kulturelle Folgen für die Bewertung der Arbeit und Wirtschaftsweisen der Frauen in der lokalen Gemeinschaft.

Wer ernährt die Welt?

Aus der Perspektive feministischer Ökonomie enthält der marktförmige Blick auf Land und Landwirtschaft viele Parallelen zur Analyse von Frauenarbeit. Die neoklassische Ökonomie beklagt, dass sowohl das Land als auch die Frauen «untergenutzt» sind, brach liegen und unter «Unterinvestition» leiden.³⁴ «Land grabbing» wird damit gerechtfertigt, dass es sich um ungenutztes Land handele. Ebenso werden der landwirtschaftliche Anbau und auch die Frauenarbeit, die nicht für den Markt, sondern für die Selbstversorgung produzieren, nicht als produktiv und wertschöpfend gezählt. Sie gelten als Externalitäten der Ökonomie und bleiben in Statistiken und Bilanzen unsichtbar, obwohl sie die soziale Reproduktion und teils auch die Regeneration der Natur, z.B. die Bodenfruchtbarkeit, sichern.

Grundannahmen feministischer Ökonomie

Feministische Ökonomie analysiert die gesamte Ökonomie als vergeschlechtlichte Prozesse, weil die soziale Kategorie Geschlecht als Ordnungsstruktur tief in sie eingeschrieben ist. Der archimedische Punkt feministischer Ökonomie ist die Sorgearbeit («care»), die weltweit überwiegend von Frauen und meist unbezahlt geleistet wird.³⁵ Die neoklassische Ökonomie spaltet unbezahlte und ehrenamtliche Sorge-, Subsistenz- und Reproduktionsarbeit aus der Ökonomie ab, macht sie unsichtbar und wertet sie als unproduktiv und außerökonomisch. Dagegen betrachtet feministische

- 34 Global Donor Platform for Rural Development (2010): Gender and Agriculture. *Platform Policy Brief* No.3, 12/2010.
- 35 Ferber, Marianne/Nelson, Julie (Hg.) (1993): Beyond Economic Man, Chicago; Elson, Diane/Cagatay, Nilufer (2000): The Social Content of Macroeconomic Policies, in: *World Development*, Vol. 26, No.7, S. 1347-1365; Bakker, Isabella/Silvey, Rachel (2009): Beyond States and markets. The Challenges of Social Reproduction, London; Bezanson, Kate/Lucton, Meg (Hg.) (2006): Social Reproduction: Feminist Political Economy Challenges Neo-Liberalism, Montreal/Kingston.

Ökonomie Produktion und Reproduktion bzw. Sorgeökonomie als miteinander verschränkt und wertet Sorgearbeiten als wertschöpfend. Der kapitalistische Markt ist nur funktionsfähig, weil er ständig unbezahlte Sorgearbeit wie auch die Regeneration der Natur für sich nutzt und als «endlos dehnbare» Ressourcen betrachtet. Dabei steht jedoch die kapital- und marktförmige Funktionslogik des Wachstums, der Effizienzsteigerung und der Geldakkumulation im Widerspruch zur Logik der Versorgung, Vorsorge und sozialen Sicherung und höhlt diese immer weiter aus.

Der Jahresbericht der Food and Agriculture Organization (FAO) 2010/11 und der Weltentwicklungsbericht 2010 der Weltbank³⁶ setzen bei den Geschlechterungleichheiten in der Landwirtschaft, einem der am stärksten «gemainstreamten» Sektoren, an. Sie machen ein breites Kaleidoskop von «Gender Gaps» auf, von der Arbeitsteilung über die Größe der Anbauflächen und der Verfügung über produktive Ressourcen, Finanzen und Einkommen, Technologie und Wissen. Dieser empirische Befund bietet viele Anknüpfungspunkte für Gleichstellungspolitik. Der zentrale Referenzrahmen, um das Geschlechtergefälle zu schließen, ist in beiden Berichten jedoch nicht das Rechtsparadigma vom Recht auf Nahrung bis zu Erbrechten von Frauen, sondern eine Markt und Business-Perspektive, die primär auf Ertragssteigerung und Gewinn zielt. Die FAO und die Weltbank unterstellen, dass vor allem Zugang zu modernen «Agro-Inputs» wie Chemiedünger und Industriesaatgut Frauen agrarwirtschaftlich «empowered», sie «zu gleichwertigen Partnerinnen in nachhaltiger Entwicklung» macht (FAO) und damit erhebliche Produktivitätssteigerungen und eine Verringerung der Zahl der weltweit Hungernden um 100-150 Millionen auslöst. Nachdem die Millenniumentwicklungsziele nach zehn Jahren als weitgehend gescheitert gelten, wird der Topos von Frauen als Retterinnen, die den «Kampf gegen Hunger und Armut nachhaltig gewinnen» können (FAO), wiederbelebt und instrumentalisiert. Damit wird auch ignoriert, dass der Hunger in der Welt in erster Linie ein Verteilungsproblem und nicht primär eine Folge geringer Produktivität oder wachsender Bevölkerung ist.³⁷

Die FAO nennt «Investitionen in Frauen ein gutes Geschäft». Gleichzeitig soll die Integration in exportorientierte industrielle Agro-Wertschöpfungsketten, zum Beispiel als selbständige Unternehmerinnen, durch Vertragsanbau oder durch Lohnarbeit auf Plantagen und in Industrien Frauen bessere Chancen bieten als die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Statt ihren Beitrag zur Ernährungssicherung zu würdigen und durch Förder- und Ausgleichsmaßnahmen zu unterstützen und

³⁶ Food and Agriculture Organization of the United Nations (2011): *The State of Food and Agriculture 2010/11*, Rom; The World Bank (2011): *World Development Report 2012. Gender Equality and Development*, Washington DC.

³⁷ Siehe auch: WWF/Heinrich-Böll-Stiftung (2011): *How to feed the World Growing Billions. Understanding FAO World Food Projections and their Implications*, Berlin.

zu verbessern, wurden Subventionen abgebaut und der Fokus auf die Agrarindustrien verschoben. Damit reiht sich das Gleichstellungskonzept der FAO zum einen in den oben angesprochenen Strukturwandel ländlicher Regionen durch Marktintegration ein. Zum anderen folgt die FAO der marktinstrumentellen Gender-Politik der Weltbank, die ein Empowerment von Frauen zum «homo oeconomicus» als eigenverantwortlichem Marktsubjekt und Geschlechtergleichheit vor allem in Bezug auf Marktchancen und -rechten anstrebt, weil dies «smart» und förderlich für Wachstum und Effizienzsteigerung sei. Der zentrale Maßstab für Geschlechterungleichheiten bzw. -gleichheit: ökonomische Kosten oder Gewinne. Aus der Perspektive von Produktivität und Markt gelten die Fähigkeiten, die Kenntnisse und die Arbeit von Kleinbäuerinnen wie auch von Sorge- und Subsistenzarbeiterinnen der Weltbank als «untergenutzt», «verschwendet» oder falsch allokiert.

Kein Zweifel, dass Fördermaßnahmen für Frauen und Gleichstellung auf den Märkten dringend notwendig sind, damit die neuen globalen Wertschöpfungsketten Frauen nicht erneut benachteiligen und weiter marginalisieren. So werden die Verträge für Kontraktanbau mit den männlichen Landbesitzern abgeschlossen, während in der Regel deren Frauen das Gros der Feldarbeit leisten. Sowohl in land- und technologieintensiven Monokulturen wie Zuckerrohr und Soja als auch in den neuen Handelsstrukturen werden nur wenige Jobs geschaffen, in den Plantagen meist für Männer. In Vietnam wird eine Tonne Gemüse von 18 StraßenhändlerInnen verkauft, ein Supermarkt beschäftigt für die Vermarktung einer Tonne aber nur vier Personen. Supermärkte und auch Freihandelsabkommen stellen hohe Standards auf, die einfache Bauern und Bäuerinnen überhaupt nicht erfüllen können, d.h. die Standards wirken als Marktausschlussmechanismen. Wegen dieser hohen Hygienestandards kaufen Konzerne auch nicht auf den lokalen Großmärkten, sondern bauen eigene, überprüfbare Zulieferketten auf.

Deshalb muss jenseits des sektorimmanenten Gleichstellungsziels grundsätzlich gefragt werden, welche landwirtschaftlichen Nutzungssysteme und Entwicklungspfade das Recht auf Nahrung und andere Menschenrechte am besten einlösen können. Jedenfalls sichert die kleinbäuerliche, häufig feminierte Landwirtschaft immer noch mehr als die Hälfte der Welternährung und stellt das wichtigste Sicherungsnetz für die Landbevölkerung dar. Menschenrechte und damit auch Frauenrechte müssten ins Zentrum der Planung ländlicher Entwicklung und bedarfsorientierter Agrarproduktion sowie Verteilung ins Zentrum von Ernährungssicherung gestellt werden. Dieser Ansatz wird derzeit prominent vom UN-Sonderbeauftragten für das Menschenrecht auf Ernährung, Olivier de Schutter, verfolgt. Kleinbäuerinnen und -bauern brauchen Unterstützung, um eine Ökologisierung des Anbaus abzusichern, die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten und die Umweltdegradierung aufzuhalten; aber auch beim Aufbau von Produktions- und Vermarktungskoopertiven ist Unterstützung notwendig, damit sie neben der Monopolmacht der Konzerne überhaupt Existenzchancen haben.

Von Livelihood-Rechten zur Ernährungssouveränität

Seit Beginn der 1990er-Jahre und der Women's Action Agenda 21 (siehe oben) nehmen Frauennetzwerke vor allem das Livelihood-Konzept als Ausgangspunkt für ihre Überlegungen zur Ernährungssicherung, Ressourcennutzung und Landwirtschaft. Als Gegenkonzept zum Effizienzansatz der Weltbank setzt das Livelihood-Konzept bei Livelihood-Rechten, beim Lokalen und bei der alltäglichen Überlebenssicherung in der unmittelbaren natürlichen und sozialen Umwelt an.³⁸ Der Ansatz wurzelt aber auch in den Kämpfen gerade von Ressourcenarmen um ihre Lebensgrundlage, dem «environmentalism of the poor». Bei den Ressourcenkonflikten im globalen Süden stehen Frauen oft in erster Reihe, wie in Indien bei den Kämpfen gegen die Aneignung von Grundwasser durch Coca Cola oder gegen genverändertes Saatgut von Monsanto, um ihre Überlebensressourcen zu schützen. Es geht den Armen zuallererst um «Verteidigung ihrer Lebensrechte», weniger um Naturschutz.³⁹ Im Jahr 2009 wurde auf dem Weltsozialforum in Belem ein «Globales Netzwerk zu Frauen und ein Recht auf Livelihood» gegründet.⁴⁰

Tragende Elemente des Livelihood-Ansatzes

- Integriertes System aller materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen zur Existenzsicherung;⁴¹
- Selbstbestimmung und Mitbestimmungsrechte der lokalen Gemeinschaften;
- Dezentralisierung, Anknüpfen bei lokal und regional unterschiedlichen Bedingungen;
- biologische und kulturelle Vielfalt;
- kollektive Rechte des Zugangs zu Ressourcen und ihrer Nutzung;
- Erhalt von Gemeingütern;
- lokale und regionale Kreislaufökonomien und Mischwirtschaft;
- Nachbarschaftsökonomien, solidarische Ökonomien;
- Bezug auf indigenes, durch Erfahrung erzeugtes, lokales Wissen.

38 Heinrich Böll Foundation (2002): Jo'burg-Memo. Fairness in a Fragile World, Berlin; SID (2010): Development. Sustaining local economies, Vol. 53, No. 3, Sept. 2010.

39 Martinez-Alier, Joan (2002): The Environmentalism of the Poor. A Study of Ecological Conflicts and Valuation, Cheltenham; Sachs, Wolfgang (2003). Ökologie und Menschenrechte, Wuppertal-Papier 131, Wuppertal.

40 pwersc (2009): Women and the Right to Livelihoods, New Delhi.

41 Chambers, Robert (1988): Sustainable Livelihood, Environment and Development. Putting poor rural people first, Brighton; Grown, Caren/Sebstad, Jennifer (1989): To a Wider Perspective on Women's Employment, in: *World Development* 17 (7), S. 37-952; Grawert, Elke (1998): Der «Livelihood Approach». Eine Analyseverfahren für komplexe ökonomische Absicherungsformen, dargestellt am Beispiel Westsudan, in: *Peripherie* 69/70, S. 67-88.

Das Livelihood-Konzept ist mit dem Bezug auf lokale Selbstbestimmungsrechte über Entwicklungspfade und ressourcensparsame und kreislaufförmige Ökonomien auch ein Gegenmodell zur universell verordneten markt- und wachstumsfokussierten Entwicklungsstrategie und zu den transnationalen Märkten, die durch den globalen Standortwettbewerb und derzeit auch durch eine Monopolisierung von Großkonzernen bestimmt sind.

Kleinbäuerliche Organisationen, vor allem Via Campesina, entwickelten die Praxis und das Konzept der «Ernährungssouveränität» gegen die Tendenzen der von wenigen Großkonzernen gesteuerten Industrialisierung und Liberalisierung der Nahrungsmittelproduktion und des -handels. Ihre Definition von Ernährungssouveränität kreist um ein basisdemokratisches Recht, Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu gestalten. Sie geht damit über die Definition von Ernährungssicherung der FAO hinaus, die stark auf die globalen Wertschöpfungsketten setzt, um ein Recht auf Nahrung zu sichern. Land, Biodiversität und Wasser sind die drei Schlüsselressourcen, um ernährungssouverän zu werden.

Bausteine von Ernährungssouveränität auf dem Weg in eine post-fossile regionale Kreislaufwirtschaft sind:

- dezentrale Wasser- und Energieversorgung, Wasser- und Energiesouveränität;
- Zugang zu Ressourcen- und Landrechten;
- organischer, auf lokaler Biodiversität basierender Anbau;
- Schutz von Biodiversität und lokalem Wissen als Produktivkräfte vor Konzern-Piraterie, Privatisierung und Patentierung;
- Verhinderung von «land grabbing» zum Zweck imperialer Ernährungssicherung und des Anbaus von Agrartreibstoffen;
- Verbot von Spekulation auf Ernten und Preise von Nahrungsmitteln durch Regulierung der Finanzmärkte.

Zugang zu Gemeingütern wie Wäldern, Gemeindeland und Flüssen ist überall eine Voraussetzung dafür, dass Frauen ihre Verantwortung für die Versorgung der Haushalte mit Brennholz, Trinkwasser und Viehfutter erfüllen können. Außerdem ist der Verkauf z.B. von Feuerholz, Heilkräutern oder Nüssen für arme Frauen eine der wenigen Einkommensmöglichkeiten. Wenn traditionell gemeinschaftlich genutzte Güter wie Teiche, Weiden und Wälder entweder zu Naturschutzgebieten erklärt oder privatisiert werden oder aber degradieren, entsteht ein dramatisches Versorgungsproblem vor allem für Frauen aus landlosen oder landarmen Haushalten und für Indigene. Erhalt von Gemeingütern, demokratische Regulierung der Zugänge und Nutzung und gemeinschaftliche Pflege sind deshalb für sie eine tragende Säule von Ernährungssouveränität.

Ebenso muss durch eine makroökonomische Politik, nämlich die Regulierung der Finanzmärkte, die regionale Ernährungssouveränität abgesichert werden; denn Nahrungsmittel gehören nicht ins Kasino.

Wem gehört die lokale Artenvielfalt?

Frauen spielen in der vom Lokalen ausgehenden Ernährungssouveränität eine zentrale Rolle. Ihr tradiertes Wissen über die lokale Biodiversität und Saatgut, den Nährwert und die Heilkräfte der indigenen Sorten ist in diesen Reproduktionszusammenhängen eine zentrale Ressource.⁴² Die Bäuerinnen haben ein praktisches und ein strategisches Interesse am Erhalt der Biodiversität als Gemeingut und an ihrer Verfügung darüber: Sie ist das wichtigste Produktionsmittel zur Überlebenssicherung und sichert den Frauen Wertschätzung als Ernährerinnen in der Gemeinschaft.

Die Saatgutbanken und Tauschbörsen von Saatgut, die Kleinbäuerinnen in verschiedenen Regionen angelegt haben, um dem Verlust von Sorten und Wissen gegenzusteuern, sind die Vorposten eines Gegenmodells von souveräner Versorgung und Ernährungssicherung, das eigene lokale Ressourcen und das damit verknüpfte indigene Wissen als Produktivkraft marktunabhängig weiterentwickelt und gleichzeitig davor schützt, verloren zu gehen oder von den Marktkräften überrollt und angeeignet zu werden.⁴³

Deshalb wenden sich Kleinbäuerinnen, die ihr Überleben und ihre Ernährung durch Nutzung, Anpassung und Weiterentwicklung der lokalen Biodiversität sichern, gegen die Kommerzialisierungstendenzen in der Biodiversitätskonvention (CBD), die die UNCED-Konferenz 1992 auf den Weg brachte. Die Konvention verknüpft die Notwendigkeit des Schutzes der Biodiversität mit der Marktlogik. Auch sie will Natur vermarkten, um sie zu schützen und nennt dies «Ökosystemmanagement».⁴⁴ Einerseits soll die biologische Vielfalt in die globalen Wertschöpfungsketten einbezogen werden, andererseits soll sie durch Zonierung in Naturschutzparks geschützt werden. Ein Vorteilsausgleich – «benefit sharing» – soll zwischen den lokalen Eigner/innen der Biodiversität und der Privatwirtschaft, die sich die genetischen Ressourcen durch Patentierung aneignen und verwerten will, vermitteln. Gewinnbeteiligung dient dabei als Anreiz für die indigenen und lokalen Gemeinschaften, der Kommerzialisierung ihres Gemeineigentums zuzustimmen. Flankierend zur UN-Konvention schreiben Freihandelsabkommen den Biodiversitätsschutz als Umweltdienstleistung und mit

42 Kuppe, René (2002): Indigene Völker, Ressourcen und traditionelles Wissen, in: Brand, Ulrich/Kalcsics, Monika (Hrsg.): Wem gehört die Natur? Konflikte um genetische Ressourcen in Lateinamerika, Frankfurt, S. 112-134.

43 Wichterich, Christa (2008): Kleinbäuerinnen, Ernährungssicherung, Biodiversität, in: *Z., Zeitschrift marxistische Erneuerung*, Nr. 76, S. 80-86; Akhter, Farida (2001): Die Nayakrishi-Kampagne: Saatgut in die Hände der Frauen! in: Klaffenböck, Gertrude/Lachkovic, Eva/Südwind Agentur (Hg.): Biologische Vielfalt. Wer kontrolliert die globalen genetischen Ressourcen? Frankfurt, S. 81-99; eed/Hoering, Uwe (2002): Früchte der Vielfalt. Globale Gerechtigkeit und der Schutz traditionellen Wissens, Bonn.

44 Siehe McAfee, a.a.O.; Müller, Franziska (2010): Verhandelte Geschlechterverhältnisse: Gender in der internationalen Biodiversitätspolitik, in: *Femina Politica* 01/2010, S. 32-43.

Regelungen zu geistigen Eigentumsrechten (TRIPS ⁴⁵) als liberalisierten Sektor fest.

Kleinbäuerinnen aus verschiedenen Weltregionen widersetzen sich der Verwandlung ihrer biologischen Vielfalt und ihres Wissens in Waren, die von Konzernen gehandelt werden, und wollen nicht in Geschäfte «gemainstreamt» werden, die ihre Enteignung voraussetzen. Statt der Freiheit der Konzerne und des Handels verlangen sie die Freiheit der selbstbestimmten weltmarktunabhängigen Produktion und des Tauschs von Saatgut. Auch sie wünschen sich Geschlechterdemokratie bei der Verfügung und Entscheidung über Ressourcen. Aber ihr ernährungssouveräner Ansatz geht darüber hinaus und fokussiert auf eigene Formen der Ressourcennutzung, die durch die Eckpunkte bestimmt sind: kollektive Verfügungsrechte über lokale Ressourcen, Erhalt und Weiterentwicklung lokaler Spezies sowie selbstbestimmte Entscheidung über den Entwicklungsweg.

Wem gehört das Land?

Das «land grabbing» durch kapitalkräftige in- und ausländische Investoren, das seit dem Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel 2007/8 sprunghaft zunahm, zeigt einmal mehr die zentrale Bedeutung der Landfrage für die Entwicklung. Die Landnahmen und Investitionen sind Ausdruck der fortschreitenden Inwertsetzung und Finanzialisierung aller natürlichen Ressourcen – verstanden als die Unterwerfung aller Wirtschaftsbereiche und auch von zunächst nicht-ökonomischen Ressourcen unter den Finanzmarkt – bei gleichzeitiger Umverteilung an finanzkräftige Marktakteure. Sie dienen dem Aufbau neuer globaler Wertschöpfungsketten, die Ressourcen, Arbeit und Livelihood, die überbrachten Existenzgrundlagen und Überlebensstrategien, integrieren oder zwingen, sich an ihre Geld- und Marktformigkeit anzupassen. Häufig richtet die lokale Bevölkerung viel Hoffnung auf neue Einkommensmöglichkeiten, andererseits nennt sie diesen Strukturwandel auch «in Ketten legen».

Ohne Transparenz und über die Köpfe der lokalen Bevölkerung hinweg verpachten oder verkaufen Regierungen Ländereien, die meist als Brachland kategorisiert werden, an Konzerne, Banken, Fonds oder andere Regierungen, die sie wiederum für den Anbau von Grundnahrungsmitteln, von Agrartreibstoffen oder zur Tierzucht benutzen. Die Einhegung großer Landflächen durch diese Pacht- und Kaufverträge ignoriert die althergebrachten Nutzungsrechte lokaler Gemeinschaften, enteignet sie und grenzt sie aus. Die Kategorisierung als Brachland ignoriert den Nutzwert, den solches Land für Tierhalter und für landarme Frauen hat, sei es um Brennholz, Viehfutter, Früchte und andere Nutzpflanzen

45 Trade Related Intellectual Property Rights. Das Abkommen über handelsbezogene Rechte geistigen Eigentums wurde 1994 auf Drängen der US-amerikanischen Industrie dem Allgemeinen Abkommen über Handel und Tarife (GATT) hinzugefügt und verpflichtet alle Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO), die strengen Regelungen des Patentrechts der Industrieländer in nationales Recht umzusetzen.

für den Eigenbedarf oder den Verkauf zu sammeln oder um etwas anzubauen. Die Marktlogik der Investoren unterminiert die Versorgungsrationale der Frauen, in der Produktion und Reproduktion keine getrennte Sphären sind. Die Monokulturen auf den Feldern und die Monokultur des Geldes zerstören die natürliche Biodiversität und die Diversität und Moral der lokalen Ökonomien. Um die Ernährung in Ländern zu sichern, denen es wie z.B. Saudi-Arabien an fruchtbaren Böden und Wasser mangelt, um den Wechsel von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern voranzutreiben oder um die gestiegene Wohlstandsnachfrage in Schwellenländern und dem globalen Norden zu befriedigen, werden arme Bevölkerungsgruppen im Süden ihrer Existenzgrundlagen beraubt. Ihre Livelihood-Rechte werden missachtet.⁴⁶

Indigene Bevölkerungen mit tradierten Nutzungsrechten und Frauen ohne Landtitel haben keinerlei rechtliche Handhabe, sich gegen diese Verdrängung zur Wehr zu setzen. Frauen besitzen in Bangladesch weniger als 3 Prozent des Landes, auf den Philippinen 11 Prozent und in Botswana 33 Prozent.⁴⁷ Sie haben keine Verhandlungs- und Entscheidungsmacht, wenn die Dorfältesten oder ihre Männer als Landeigner dem Deal mit Investoren zustimmen, weil diese – wie auch die Weltbank und die FAO – diese «Investitionen in den Agrarsektor» als Win-win-Situationen propagieren. Da sich jedoch in der industrialisierten Plantagenwirtschaft wenig Einkommensmöglichkeiten für Frauen bieten, werden sie weiter aus dem Agrarsektor hinaus und in den Dienstleistungssektor an den Rändern der globalen Wertschöpfungsketten verdrängt. Wie im Umfeld von Berg- oder Infrastrukturbau wuchert schnell ein informeller Sektor kleiner Verkaufs- und Imbissstände und der Prostitution um die Plantagen.

Um das «land grabbing» politisch in den Griff zu bekommen, fordern die FAO, die Weltbank und das Forschungsinstitut für Ernährungspolitik (IFPRI) Good Governance und eine Regulierung von Investoren, um die «Risiken» für Ernährungssicherung zu begrenzen und die Win-win-Chancen von Frauen durch Gleichstellung bei Löhnen und dem Zugang zu Inputs für die Landwirtschaft zu verbessern. Dagegen sollte eine rechtsbasierte Politik zuallererst die Voraussetzung für «Landsouveränität» der lokalen Bevölkerung und auch der Frauen schaffen, damit diese selbst über Entwicklungspfade und Ressourcennutzung entscheiden können.⁴⁸ Ein umfassendes Empowerment von Frauen dient auch dazu, dass sie in den Haushalten und Gemeinschaften Verhandlungs- und Gestaltungsmacht gewinnen, um ihre Handlungsrationale der Versorgung

46 Behrman, Julia/Meinzen-Dick, Ruth/Quisumbing, Agnes (2011). The Gender Implications of Large-Scale Land Deals, IFPRI Discussion Paper 01056; Tandon, Nidhi (2010): New agribusiness investments mean wholesale sell-out for women farmers, in: *Gender & Development*, Vol. 8, No. 3, S. 503-515.

47 FAO Gender and Land Rights Database 2010, <http://www.fao.org/gender/landrights>.

48 Borras, Saturnino/Franco, Jennifer (2010): Towards a Broader View of the Politics of Global Land Grab: Rethinking Land Issues, Reframing Resistance, TNI, <http://www.tni.org/work-area/agrarian-justice>; Federici, Silvia (2011): Women, Land Struggles, and the Reconstruction of the Commons, in: *WorkingUSA: the Journal of Labor and Society*, Vol. 14, March 2011, S. 41-56.

verfolgen und sich ihrer Unterordnung unter die Marktkräfte und die Männer widersetzen zu können. Verfügungsrechte über Ressourcen, vor allem aber über Land, sind ein Instrument sowohl des Empowerments von Frauen als auch der Versorgungssicherung. Deshalb teilte die pakistanische Regierung auf Betreiben der Frauenorganisation Shirkat Ghah Frauen in den Dörfern des Sindh 2009 erstmalig Land zu, weil sie davon ausgeht, dass Landeigentum Frauen Entscheidungsmacht gibt und dies einen Zugewinn an Ernährungssicherheit garantiert.

Städtische Landwirtschaft

Lebensmittelskandale, Exzesse industrieller Tierzucht und das Eindringen gentechnisch veränderter Organismen in die Nahrungsmittelketten haben auch in den Metropolen des Nordens den Wunsch nach selbstbestimmter Ernährung und organischen Produkten geweckt. Dieser Wunsch nach kontrollierter Qualität von Obst und Gemüse aus eigenem Anbau hat eine Renaissance des Schrebergartens ausgelöst. Was im Süden von Nairobi bis Havanna seit Jahrzehnten aus purer Not gang und gäbe ist, nämlich die hohen Ausgaben für Nahrungsmittel durch Umwandlung von Straßenrändern in ein Gemüsebeet oder eines Balkons in einen Hühnerstall zu reduzieren, ist nun vielerorts ein Teil städtischer Kultur im Norden geworden: von den Community-Gärten am Stadtrand von New York oder auf der Industriebrache in Detroit über die Direktvermarktung auf Farmer's Markets in den US-amerikanischen Städten bis zu den interkulturellen Gärten in Deutschland. Neu ist, dass Gemeinschaftsgärten mit Sortenvielfalt und Komponenten von Abfall- und Recyclingwirtschaft nun explizit als ökologisch-ökonomisches Gegenmodell der Reproduktion und als Freiraum auf dem Weg in eine post-fossile, unabhängige, lokale Wirtschaft konzipiert wird und zum Umbau der Städte – z.B. in Großbritannien im Rahmen der Transition-Town-Bewegung – führt. Dabei bewegt sich das Konzept der städtischen Gärten «als Orte des Widerstands gegen die neoliberale Ordnung» und Baustein für eine neue Nachbarschaftsökonomie einerseits zwischen romantischen Vorstellungen über eine harmonische Gemeinschaft und spiritueller Erneuerung und andererseits einem politischen Konzept von Gärtnern, nämlich: «Eine andere Welt ist pflanzbar!»⁴⁹

Dass die städtische Landwirtschaft so lange «übersehen, unterschätzt und unterbewertet» wurde, liegt nach Ansicht des Agrarexperten Jac Smit daran, dass die Hauptakteurinnen Frauen sind, deren Arbeit einfach nicht wahrgenommen wird, «unsichtbar bleibt». Im Norden wie im Süden stehen sie im Zentrum der Versorgungsökonomie und der Ernährungssouveränität. Sie brauchen wie die Kleinbäuerinnen auf dem Land ein Recht auf gesicherte Landnutzung und Beratung, z.B. was sie gegen Bleibelastung tun können.

49 Müller, Christa (Hg.) (2011): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, München.

5 Multiple Krisen, Green Economy und Wachstumskritik

Die Marktprinzipien von Wachstum und Steigerung von Effizienz, Wettbewerb und der Ausbeutung natürlicher und menschlicher Ressourcen führten geradewegs in die Vielfachkrise von Finanzcrash, Hunger, Armut, Klimawandel und Ressourcenverknappung. Es gelang nicht, durch die ökologische Modernisierung, durch Effizienzpotenzierung und Technologien das Wachstum des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) und den materiellen Wohlstand vom Naturverbrauch abzukoppeln.⁵⁰ Gleichzeitig mit dem BIP-Wachstum vergrößerten sich die sozialen Ungleichheiten zwischen Ländern und Regionen sowie innerhalb der einzelnen Gesellschaften; Krisen der sozialen Reproduktion verschärfen sich.

Regierungen und supranationale Governance propagierten sehr schnell Wachstum als Weg aus der Krise und als unabdingbaren Job- und Wohlstandsgaranten. Die EU will durch eine neue Rohstoff- und Investitionspolitik sowie durch forcierte Handelsliberalisierung ihren Zugang zu Märkten und Rohstoffen im Süden erweitern. Konsumanreize wie Abwrackprämien für Autos in Deutschland und China sollten die Konjunktur ankurbeln. Im Süden treibt das 3-W-Entwicklungsmodell – Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Weltmarkt – die zunehmende Inwertsetzung von Land und Natur voran. Damit begibt sich die Politik im Norden wie im Süden in einen fundamentalen Widerspruch zu der ökologischen Erkenntnis, dass ein Fortschreiben des ökonomischen Wachstums wie auch eine Globalisierung des Wachstums von Produktion und Konsum die Tragfähigkeit der Biosphäre und der Atmosphäre sprengen werden. Das heißt aber, dass die Zeit und das System mit seinen Widersprüchen und der Serie multipler Krisen reif sind für eine grundlegende Transformation. Eine fundamentale Kurskorrektur ist unvermeidbar.

Diese Notwendigkeit zeigt sich in einer dritten Welle von Diskursen über Grenzen des Wachstums und über eine Ökologisierung der Wirtschaft nach der Wachstumskritik der 1960er- und 1980er-Jahre. Neue Wohlfahrtsindices und -modelle von der in Frankreich eingesetzten Kommission mit Stiglitz, Sen und Fitoussi bis zum Bruttonationalglück in Bhutan, dem «Genuine Progress Indicator» (GPI) der NGO Redefining Progress bis zu den Gemeinwohlindikatoren

50 Jackson, Tim (2011): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, München; Sachs, Wolfgang (2000): Wie zukunftsfähig ist die Globalisierung? Über ökonomische Entgrenzung und ökologische Begrenzung, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.

aus Österreich – sie alle verabschieden sich von der Eindimensionalität des BIP-, Geld- und Marktmaßes und beziehen immaterielle Güter und soziale Reproduktion mit ein.⁵¹ Das signalisiert eine Öffnung auf der Ebene der Definitionen und des Messens hin zu einem anderen, nicht nur markt- und materiell orientierten Verständnis von gesellschaftlichem Wohlergehen, für das der Reproduktionssektor eine nicht weniger wichtige Rolle spielt als der Markt. Gender-Aspekte werden in diesen Modellen da berührt, wo auf Menschenrechte fokussiert wird oder nicht-marktförmige Arbeit wie Sorgearbeit, Hausarbeit, Subsistenzarbeit und Ehrenamt einbezogen werden. Die Frage ist, wie die neuen Messmethoden und glückbringenden Modelle für die Gesellschaften und Politiken in handlungsleitende Strategien für eine sozial-ökologische Transformation übersetzt werden können.

Zivilgesellschaftliche Kräfte in Europa führen vielschichtige Diskurse über Degrowth bzw. Décroissance⁵², und in der Alltagspraxis sondieren und erproben immer mehr Projekte und Initiativen alternatives Wirtschaften und einen anderen Naturbezug. Bei diesen praktischen Versuchsanordnungen stehen die soziale Reproduktion, die Versorgung und die Ablösung von der Kapitallogik im Vordergrund z.B. in selbstverwalteten Produzent/innen-Verbraucher/innen-Genossenschaften, Umsonstläden, Tauschringen und lokalen Währungen, in Landkommunen und Häuserbesetzungen,⁵³ aber auch in der Diskussion von Werten und Prioritäten. Das Ansetzen bei den Alltagspraktiken und den Subjekten sind eine Antwort darauf, dass das marktförmige Wachstumsparadigma nicht nur die Wirtschafts- und Naturverhältnisse bestimmt, sondern auch ein Wertesystem im Alltag ist, das tief in das gesellschaftliche Bewusstsein eingefräst ist.⁵⁴ Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Einzelnen haben unter dem maßlosen Wachstums- und Konkurrenzdruck das Maß verloren und damit den Sinn dafür, was genug ist. Deswegen zielt Wachstumskritik sowohl auf materielle Strukturen als auch auf Subjektivitäten, identitätsbildende Wertesysteme und individuelles Verhalten.

Auf dem Höhepunkt der Krise verkündete das UN-Umweltprogramm (UNEP) die Initiative für einen Global Green New Deal, um «die Märkte wieder ans Arbeiten zu bekommen». Inzwischen entwickelte UNEP das Konzept einer Green Economy zum Leitbild für die Rio+20-Konferenz weiter. Seit der ersten Vorstellung eines Green New Deal 2008 in Großbritannien bis zum Green-Growth-

51 Waring, Marilyn (2009): Policy and the Measure of Woman, in: Salleh, Ariel (Hg.): Eco-Sufficiency & Global Justice, London/New York, S. 166-180.

52 Rätz, Werner/Egan-Krieger, Tanja von u.a. (2011): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben, Hamburg.

53 Habermann, Friederike (2009): Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag, Sulzbach/Taunus.

54 Welzer, Harald (2011): Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.

Konzept der OECD haben alle Modelle⁵⁵ einer Green Economy eine Reihe von Schlüsselbegriffen und Prinzipien gemeinsam: Die Grundannahme ist, dass nationale und internationale Governance-Regime umsteuern und die Wirtschaft regulieren müssen. Damit ist – in der Hoffnung auf politischen Willen und politische Handlungsfähigkeit – ein Primat der Politik gegenüber der Ökonomie gefordert. Durch das Umsteuern auf grüne Investitionen z.B. in erneuerbare Energien und energieeffiziente Gebäude, grüne Innovationen, grüne Technologien und grüne Jobs soll die Dreifachkrise der Finanzen, der Energie und des Klimas bewältigt werden. Außerdem betonen der Green New Deal aus Großbritannien und die UN, dass eine grüne Ökonomie Voraussetzungen schafft, um soziale Ungleichheiten zu verringern und die Millenniumentwicklungsziele zu erreichen. Der Green New Deal setzt am stärksten auf eine Regulierung und Einhegung des Finanzmarkts, auf Investitionen in den öffentlichen Sektor und eine Einbindung aller gesellschaftlichen Kräfte.

Zwar versteht UNEP die grüne Ökonomie als «fundamentales Neudenken der Ökonomie», andererseits will sie eine neue «grüne» Wachstumsstrategie sein. Bei der OECD ist der Name «Grünes Wachstum» Programm, und sie argumentiert, dass die Ökologisierung zur Wachstumsmaximierung politisch klug, ja unvermeidbar sei. Sie lobt Deutschland, dies pionierhaft erkannt zu haben. Bei UNEP ist das Ziel der organisierte Übergang von einer braunen zur grünen Ökonomie durch die «Macht des Marktes», unterstützt durch regulierende Politik. Dieser Übergang steht ganz im Zeichen von Public Private Partnerships, weil privatem Kapital dabei eine größere Bedeutung zukommt als öffentlichen Mitteln.

Jedes neue Wohlstands- und Nachhaltigkeitsmodell in Theorie und Praxis, jeder Gesellschaftsvertrag muss sich aus geschlechterpolitischer Perspektive einige Gretchenfragen gefallen lassen: Wie hält der neue Deal es mit der Umsetzung von Menschenrechten, globalen sozialen Rechten, Entscheidungsrechten für Frauen, Minderheiten, Indigenen, Migrant/innen etc.? Welches Konzept von Gerechtigkeit hat er? Welche Antworten hat er auf die Machtasymmetrien zwischen Nord und Süd, zwischen sozialen Klassen, zwischen Männern und Frauen? Wie bezieht er sich auf die Spaltung zwischen Sorge- und Marktökonomie und die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung? Welches Naturverhältnis liegt ihm zugrunde?

Feministische Soziologinnen und Ökonominnen kritisieren seit langem, dass die Marktlogik von Wachstum, Effizienzsteigerung und Rendite eine strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber den Menschen, dem Sozialen und der Natur bedingt, die die lebendigen Grundlagen allen Wirtschaftens untergräbt und zwangsläufig in eine Krise nach der anderen führen muss.⁵⁶ Daraus ergeben sich

55 <http://www.unep.org/documents.multilingual/default.asp?documentid=548&articleid=5957&l=en>; www.unep.org/greeneconomy; Green New Deal Group (2008): Green New Deal. New Economic Foundation, London, http://www.oecd.org/document/10/0,3746,en_2649_37465_44076170_1_1_1_37465,00.html.

56 Beispielsweise Brennan, Teresa (2003): Globalization and its Terrors. Daily Life in the West, London.

aktuell folgende Wachstums- und Schrumpfungsdynamiken: 1) eine Expansion der Akkumulationslogik mit der Inwertsetzung aller Ressourcen bei gleichzeitiger Schrumpfung des Gemeinwohls, des Öffentlichen und der Gemeingüter und einer Abwertung und Verdrängung der Sorgelogik; 2) ein Schrumpfen sozialer Rechte bei gleichzeitigem Wachsen individueller Eigenverantwortung durch Austeritäts- und andere neoliberale Politiken.

Das spezifisch Feministische der Systemkritik ist der scharfe Blick zum einen auf die Spaltung zwischen Sorge- und Erwerbsarbeit, zwischen Produktion und sozialer Reproduktion bzw. natürlicher Regeneration; zum zweiten auf die Krisen im Bereich sozialer Reproduktion; zum dritten die Kritik an der Verwobenheit von Herrschaft in sozialen und wirtschaftlichen, Geschlechter- und Naturverhältnissen. In den seriellen Krisen findet verstärkt ein Download von Kosten, Lasten und Risiken in die Privathaushalte und in die Natur statt.

Feministische und ökologische Kritik an der neoklassischen Ökonomie

- Permanentes Wachstum der Märkte führt trotz Effizienzsteigerungen zu immer intensiverer Nutzung der menschlichen, sozialen und natürlichen Ressourcen.
- Die kapitalistische Marktökonomie versucht soziale und ökologische Kosten niedrig zu halten und zu externalisieren.
- Sie verschiebt soziale und ökologische Kosten an die Privathaushalte und lokalen Gemeinschaften bzw. in die Natur, um die Gewinne zu steigern.
- Sie wirtschaftet nicht nachhaltig, weil sie keine sozialen und ökologischen Grenzen des Wachstums akzeptieren will und ihre eigenen lebendigen Grundlagen, Menschen und Natur, durch Überausbeutung zerstört.

UNEP übernimmt in seinem Green-Economy-Konzept einen Dreh- und Angelpunkt ökologischer Ökonomie, nämlich die Einschätzung, dass Naturkapital und Umweltdienstleistungen – die in makroökonomischen Rechnungen nicht mitgezählt werden – Wert und Wohlstand schaffen. Daraus zieht UNEP im Sinne des Markt- und Effizienzmodells den Schluss, dass Natur inwertgesetzt, bepreist und zu Märkte getragen werden muss. Dazu wird sie vom Sozialen abgespalten. Die Privatisierung von Umwelt (wie auch von öffentlichen Dienstleistungen) wird als innovative Maßnahme zum Umweltschutz und zur Versorgung gepriesen. Dagegen ignoriert UNEP die analoge Grundannahme feministischer Ökonomie, dass soziale Reproduktion und Sorgearbeit ebenfalls eine wertschöpfende Rolle haben.

Im Augenblick wird heftig gestritten, ob die Green Economy als Übergangstrategie zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem jenseits der Wachstums-

und Renditelogik oder zur Transformation gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse genutzt werden kann. Reichen aber eine Begründung des Kapitalismus, eine grüne industrielle Revolution und eine Energiewende für eine Nachhaltigkeits- und Gerechtigkeitswende aus?

Als UNEP im September 2011 eine Konsultation mit Major Groups aus Lateinamerika und der Karibik zum Green-Economy-Konzept veranstaltete, lehnten Frauenorganisationen es als Leitthema für Rio+20 ab, weil es «more business than people driven» sei und eine «new form of colonization and appropriation of the natural resources of the South». Als Gegenposition formulieren sie: «We embrace the concept of sustainable livelihoods», und sie fordern politische und rechtliche Maßnahmen zum Frauen-Empowerment, um Eigentumsrechte, Zugang und Kontrolle über natürliche und moderne Ressourcen zu bekommen. Als zentrale Themen für Rio+20 schlagen sie Umverteilung statt Wachstum, Umbau der Produktions- und Konsummuster und das Konzept der Suffizienz vor.

Dem bislang umfassendsten Green-Economy-Konzept von UNEP fehlt ein konsistenter Menschenrechtsansatz ebenso wie ein kohärentes Konzept von Gerechtigkeit und sozialer Nachhaltigkeit. Die Antriebskraft der begrüneten Ökonomie ist Wachstum, nicht Umverteilung. Gender bleibt völlig unterbelichtet, Machtverhältnisse werden nicht beleuchtet, vielmehr werden große Konzerne im Sinne des Global Compact der UN immer wieder für ihre Vorreiterrolle gelobt. Weil die grüne Ökonomie dem Wachstum ebenso verpflichtet bleibt wie dem kapitalistischen Prinzip der Renditemaximierung, kann von einem Paradigmenwechsel nicht die Rede sein. Im Kern geht es um eine Verschiebung von Investitionen, Jobs und Wachstum in grüne Sektoren, d.h. um einen emissionsreduzierten und wärmegeprägten Kapitalismus, nicht um andere Wirtschafts- und auch nicht um andere Naturverhältnisse.

Viele Entwicklungs- und Schwellenländer des Südens äußerten zunächst Vorbehalte gegen die Green Economy als vom Norden aufoktroiertes Leitthema für Rio+20. In der Vorbereitung für den People's Summit Rio+20 kritisierten zivilgesellschaftliche Kräfte sie als «Recycling eines nicht-nachhaltigen Modells ... und des klassischen modus operandi des Kapitalismus, der Akkumulation und Enteignung». NGOs in Lateinamerika wünschen sich Rio+20 als eine «riesige Bewegung für soziale Transformation», die auf Rechten basiert und sich dem «market environmentalism» widersetzt. Als Marschrichtung auf diese Transformation hin haben sie formuliert: «We don't have all the answers but we have a responsibility to, between the desirable and the possible, search for them».⁵⁷

⁵⁷ <http://rio20.net/en/documentos/rio-20-resisting-market-environmentalism>

Versorgen und Vorsorgen

Feministische Ökonominnen denken gegen den Strich. Sie identifizieren als Ausgangspunkt von Alternativen das ureigenste Prinzip allen Wirtschaftens: zu versorgen, Bedürfnisse zu befriedigen und Wohlbefinden zu erzeugen, ohne dass dies zu Lasten anderer und der Natur geht. Wenn dem Wohlergehen und der Reproduktion von Gesellschaft und Natur der Vorrang vor Wachstum und Profit gegeben wird, dann müssen Wirtschafts- und Finanzpolitik, Mikro- und Makro-Ökonomien, aber auch Naturbezüge vom Ausgangspunkt der Versorgung her neu konzipiert werden. Die Idee einer Versorgungswirtschaft, die im Süden auch Überlebens- oder Livelihood-Ökonomie genannt wird, findet sich in einem breiten Spektrum feministischen Denkens wieder, von den Subsistenzansätzen von Maria Mies, Vandana Shiva und Veronika Bennholdt-Thomsen bis zu Genevieve Vaughan's «Schenk-Ökonomie», von Anti-Globalisierungspositionen bis hin zu einer Queer-Perspektive, die sich über den Dualismus von Kapitalismus versus Anti-Kapitalismus hinwegsetzt.⁵⁸ In diesen visionären Entwürfen sind die Kritik am gewinn- und geldorientierten Homo oeconomicus und «ökologische Integrität» tragende Säulen.⁵⁹ Dem Effizienzprimat wird Ökosuffizienz als Modell der Genügsamkeit gegenübergestellt.⁶⁰ Statt neoliberaler Eigenverantwortung sind Teilen, Umverteilen und Umbewerten von Arbeit, Wohlstand und Macht handlungsleitend, Kooperation und Solidarität sollen Konkurrenzverhältnisse schwächen. Versorgungswirtschaft bedeutet, dass die gesamte Wirtschaft vom spekulativen Kopf auf die versorgenden Füße zurückgestellt werden soll. Ziel ist eine Wiedereinbettung der Ökonomie in soziale und Naturzusammenhänge und eine Verknüpfung von globaler sozialer Gerechtigkeit, Umwelt- und Geschlechtergerechtigkeit.

Was aber sind die richtigen Einstiege in eine Versorgungsökonomie oder in Übergangsstrategien, die realpolitische Maßnahmen mit alternativen Wirtschaftsformen und Naturverhältnissen verknüpfen? Aufgrund der Dringlichkeit einer Transformation, infolge des massiven Krisendrucks und angesichts des Scheiterns der Millenniumentwicklungsziele würde es wenig Sinn ergeben, für Rio+20 einen neuen Zielkatalog von Wünschenswertem aufzustellen, zumal wenn er unter die Vorzeichen des Marktes und der Finanzialisierung gestellt wird wie in der Green Economy. Ziele sind reichlich formuliert und nicht erfüllt worden, inklusive der Agenda 21 von Rio. Wichtiger ist es, Richtungsforderungen

58 Mies, Maria/Shiva, Vandana (1993): *Ecofeminism*, Halifax/London; Bennholdt-Thomsen, Veronika/Mies, Maria (1997): *Eine Kuh für Hillary*, a.a.O.; Eisler, Riane (2007): *The Real Wealth of Nations. Creating Caring Economies*, San Francisco; Vaughan, Genevieve (Hg.) (2007): *Women and the Gift Economy*, Toronto; Mellor, Mary (2009): *Ecofeminist Political Economy and the Politics of Money*, in: Salleh, Ariel (Hg.): *Eco-Sufficiency & Global Justice*, a.a.O., S. 251-268; Gibson-Graham, J.K. (2006): *A Postcapitalist Politics*, Minnesota.

59 Mellor, Mary (2009): *Ecofeminist Political Economy and the Politics of Money*, in: Salleh, Ariel, ebd., S. 251-268; Salleh, Ariel (2009): *From Eco-Sufficiency to Global Justice*, in: Salleh (2009), ebd., S. 291-313.

60 Salleh, Ariel (2009), ebd.

für eine sozial-ökologische Transformation zu identifizieren, neue Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen und Übergangsstrategien zu entwickeln, die mit der Funktionslogik von Wachstum und Renditemaximierung brechen.

Internationale feministische Diskurse bewegen sich im Rahmen des Livelihood-Konzepts in einem Dreieck mit den Eckpunkten 1) einer Umverteilung und Umbewertung von Arbeit, 2) der Rückgewinnung des Öffentlichen und von Gemeingütern und 3) dem Ausstieg aus der Wachstumsspirale von Naturverbrauch, Produktion und Konsum.

1) Arbeit ist existenzsichernde Alltagspraxis im Austausch mit der Natur und ein Vergesellschaftungsmodus. Angesichts der Verstetigung der Informalisierung und Prekarisierung von Erwerbsarbeit braucht die Gesellschaft ein neues Verständnis von Arbeit und ein neues Modell von Grundsicherung. Oberstes Ziel aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit ist Versorgung, Vorsorge und existenzielle Sicherheit. Aufgrund der Reproduktionskrisen in vielen Gesellschaften – von der Bildungs- und Beschäftigungskrise für Jugendliche bis zur Pflegekrise in der Seniorenbetreuung – wird dies ohne Neuorganisation der Sorgearbeit und der gesellschaftlichen Reproduktion nicht möglich sein. Zur Umbewertung und Umverteilung von Arbeit ist notwendig:

- eine Neudefinition von Arbeit und Wertschöpfung jenseits von Markt, Geldmaß und Effizienz;
- Umbewertung von Arbeit, Entprekarisierung, Anerkennung und Aufwertung von Sorgearbeit und Arbeit zur gesellschaftlichen Reproduktion und zur Regeneration der Natur;
- Umbewertung von Arbeit durch Mindestlöhne und Maxilöhne;
- Umverteilung von Arbeit, die die Geschlechterstereotypen aufbricht, Teilzeiterwerbsarbeit und Teilzeitsorgearbeit für alle;
- öffentliche Infrastruktur zur Daseinsvorsorge und sozialen Reproduktion;
- Grundsicherung durch Beschäftigungsprogramme wie NREGA in Indien, «cash transfers» wie in Namibia, Bolsa Familia in Brasilien oder bedingungsloses Grundeinkommen im Westen;
- Vorsorge als Schutz vor Lebensrisiken von präventiver Medizin bis zum Vorsorgeprinzip beim Handel mit genmanipulierten Organismen.

Wohl wissend, dass es keine universellen Rezepte oder den einen Königinnenweg in die richtige Richtung gibt, müssen Umbaupfade kontextabhängig lokal gestaltet werden. Heftig umstritten ist z.B., ob ein bedingungsloses Grundeinkommen eine gute Rahmenbedingung für alle Umbaupläne sein kann. Aus Geschlechtersicht dürfte dies weder die alten Geschlechterrollen und Arbeitsteilungen reproduzieren noch als eine neoliberale Absicherungsform der Prekarisierung von Erwerbsarbeit missbraucht werden. Zudem schafft Geld allein keine Existenzsicherheit. Zur sozialen Grundsicherung gehört ebenso die Zugangssicherheit zu Gemeingütern und öffentlicher Infrastruktur wie Gesundheitsversorgung und öffentlicher Nahverkehr.

2) Gegen den aktuellen Trend von Austeritätspolitiken und öffentlicher Verarmung auf dem Hintergrund der privaten Aneignung gesellschaftlichen Reichtums gilt es, die öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Infrastruktur («public goods»), Gemeingüter und Gemeineigentum («commons») zu erhalten oder zurückzugewinnen, zu stärken und auszudehnen.⁶¹ Die Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an Elinor Ostrom hat die Debatten über öffentliche und Gemeingüter und deren nachhaltige Nutzung durch lokale Gemeinschaften jenseits von Staat und Markt neu angekurbelt. Die Schwächsten in der Gesellschaft, die keine Rückfallpositionen haben, sind am stärksten auf sicheren Zugang zu öffentlicher Versorgung und zu Gemeingütern angewiesen, um ihre sozialen Rechte zu verwirklichen. Das Teilen von Ressourcen und Gemeingütern nutzt mehr Menschen, wenn der Zugang und die Verfügung demokratisch geregelt und sozial ausgleichend verwaltet werden.⁶² Lokale öffentliche und Gemeingüter können eine gute Voraussetzung dafür sein, dass alle ihre globalen sozialen Rechte einlösen können. Dazu braucht es:

- eine Neudefinition von Gemeingütern, z.B. Versorgungs- und soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Mobilität wie auch eine intakte Umwelt;
- viele Gemeingüter, die durch Commoning, Selbstorganisation lokaler Gemeinschaften und kollektives Handeln, durch Gemeinwohlorientierung und Solidarpakte konstituiert werden;
- einen Schutz der Gemeingüter vor Privatisierung und Finanzialisierung, weil sonst private Kapitaleigner und die Spielregeln des Marktes über das Öffentliche und die Umsetzung von Menschenrechten und globalen sozialen Rechten entscheiden;
- eine Regulierung der Finanzmärkte, um Spekulationen und andere Geschäfte mit dem Öffentlichen und den Gemeingütern zu unterbinden.

Die neuen Demokratie- und Occupy-Bewegungen haben sich vom Tharir-Platz in Kairo bis zur Wallstreet öffentliche Räume als Commons für Protest und Diskussion angeeignet. Auf dezentrale Foren demokratischer Artikulation und der Bürger/innenbeteiligung wie auch durch Bürger/innenhaushalte und Gender Budgets kann eine Repolitisierung von Wachstum, Wohlstand und Verteilung in Richtung auf eine Neukonzeptionalisierung gesellschaftlicher Natur- und Wirtschaftsverhältnisse stattfinden. Solche Foren wären Formen einer «wirklichen» und «direkten» Demokratie, wie sie gerade von neuen sozialen Bewegungen und den «Empörten» eingefordert wird. Dort könnten politisch-praktische Schritte reflektiert und organisiert werden, wie z.B. Stromnetze und Wasserversorgung aus der Konzern- und Monopolistenmacht in Bürger/innen-

⁶¹ Pati, Anuradha (2006): Development Paradigms, Feminist Perspectives and Commons. A Theoretical Intersection, http://www.indiana.edu/~iascp/bali/papers/Pati_Anuradha.pdf

⁶² Ostrom, Elinor (2011): Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter, München; Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2009): Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter, München; Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2012): Commons, Bielefeld.

hände gelangen und von ihnen verwaltet werden könnten. Dazu müssten auch Prinzipien und Werte diskutiert werden: Welches Wachstum wollen wir, welchen Wohlstand? Wie viel Konsum, wie viele Ressourcen brauchen wir für ein «gutes Leben»? Was wollen wir gewinnen, und was akkumulieren? Wie ist das Verhältnis von Geschlechteremanzipation und Nachhaltigkeit – in den gegenwärtigen Gesellschafts- und Naturverhältnissen und in einem anderen «guten Leben»?

Trotzdem bleibt es eine offene Frage, wie ausgehend von den Gemeingütern Herrschaftsverhältnisse innerhalb der lokalen Gemeinschaften und auch gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und kapitalistische Strukturen insgesamt verändert werden können oder ob Commons lediglich Inseln im kapitalistischen Mainstream bleiben.⁶³

3) Während Versorgungsbereiche wie Daseinsvorsorge, Betreuung, Pflege, Fürsorge und soziale Sicherheit, die derzeit schrumpfen, definitiv wachsen müssen, gilt es, andere Sektoren sozialverträglich schrumpfen zu lassen. Um die Verwertungslogik zu schwächen, ist ein Rückbau von Produktions-, Handel und Konsumstrukturen notwendig – mit dem Ziel der Reduktion von Naturverbrauch und CO₂-Emissionen; es braucht daher

- Schrumpfung der ressourcen-, energie- und emissionsintensiven Überproduktionsindustrien, im Norden z.B. der Autoindustrie;
- Konversion destruktiver und überflüssiger Industrien wie der Rüstungsproduktion zu ressourcenschonender und emissionsarmer Produktion oder Recycle-Industrien;
- Wende von der Exportorientierung zum Binnenmarkt, zu solidarischen Wirtschaftsformen, lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufen;
- Suffizienz und Rückbau des Überkonsums in den Wegwerfgesellschaften des Nordens und des imperialen Lebensstils der globalen Mittelschichten;
- Aufkündigung des neoliberalen und neokolonialen «Sozialpakts», nämlich der Kompensation von Reallohnsenkung im Norden durch Billigprodukte, die auf der Ausbeutung menschlicher und natürlicher Ressourcen im Süden basieren;
- Rückbau der Handels- und Investitionsliberalisierung und der globalen Rohstoffjagd;
- Rückbau der Finanzialisierung: keine Spekulation mit öffentlichen Gütern, Nahrungsmitteln, Renten, Währungen.

Aufgrund der wachsenden Komplexität muss jede Ein-Punkt-Maßnahme zwangsläufig zu kurz greifen. Wenn z.B. die ökologischen Kosten in die Preise eingehen würden, würde dies die Preise drastisch erhöhen: für die Armen würde vieles unerschwinglich, für die Reichen würde es keinen großen Unterschied machen. Zwar wäre die Internalisierung von Kosten eine ökologisch gerechtere Preisbil-

⁶³ Federici, Silvia (2010): Feminism and the Politics of Commons, www.thecommoner.org.

dung, aber ohne gleichzeitige Transformation sozialer Ungleichheitsstrukturen würde sie in ein neues Gerechtigkeitsdilemma führen.

So wird zwar Adornos Diktum, dass es nichts Richtiges im Falschen gibt, immer wieder bestätigt. Trotzdem kann etwas Richtiges Türen öffnen und Übergänge schaffen zu einer sozial-ökologischen Transformation auf der Mikroebene des Alltags, der Mezzobene der Wirtschafts- und Naturverhältnisse und der politischen Makroebene.

Das gute Leben und Buen Vivir

«Ökonomie für ein gutes Leben statt für Wachstum» nennt Adelheid Biesecker paradigmatisch das «Vorsorgende Wirtschaften».⁶⁴ Dabei wird Wohlstand als Versorgungs- und Zeitwohlstand im Unterschied zum Geld- und Güterwohlstand redefiniert. Das Konzept des «guten Lebens» wurde in den westlichen Industriegesellschaften als Gegenkonzept zum Wachstumsdogma entwickelt. Das Ziel eines guten und d.h. ein nicht nur durch Geld, materielles Eigentum und Konsum bestimmtes Leben verschiebt den Fokus vom gesellschaftlichen Wohlstand, der in Gütern und Finanzen gemessen wird, zum Wohlbefinden und Glück der Einzelnen.

Martha Nussbaum und Amartya Sen haben das gute Leben durch die freie Entfaltung der Fähigkeiten definiert, mit der Menschen ihr Leben selbständig gestalten können.⁶⁵ Zentral ist die Entkopplung individueller Zufriedenheit von materiellem Wohlstand. Auch die Glücksforschung stellte fest, dass individuelles Glücksgefühl nur bis zu einer bestimmten Grenze durch Konsum, Ressourcenbesitz und -verbrauch bestimmt ist. Vielmehr spielt Gleichheit in der Gesellschaft eine Rolle für subjektive Zufriedenheit und erst recht für das Gerechtigkeitsempfinden.⁶⁶ Stress durch die ständig verschärfte Konkurrenz ist eine der Hauptursachen für individuelle Unzufriedenheit.

Im Unterschied zum individualistischen Ansatz des guten Lebens beruht das Paradigma des Buen Vivir bei den Indigenen in Lateinamerika auf der sozialen Gemeinschaft und auf einem anderen Naturverhältnis. Im Topos der Pachamama⁶⁷ finden sich mit der Verehrung für Mutter Erde, dem Respekt für die Eigenrechte der Natur und dem Einklang zwischen Mensch und Natur viele Denkfiguren des kulturellen Ökofeminismus wieder. In Bolivien und Ecuador ist das Buen-Vivir-Konzept in die Verfassung eingegangen, um den Anspruch auf autochthone, kapitalismus- und kolonialismuskritische Entwicklungswege, aber auch auf eigene indigene Rechtssysteme festzuklopfen. Damit werden auch eine

⁶⁴ Biesecker, Adelheid (2011): Vorsorgendes Wirtschaften, in: Rätz, Werner/Egan-Krieger, Tanja von et al. (2011): *Ausgewachsen!* Hamburg, S. 75-85.

⁶⁵ Nussbaum, Martha (2000): *Women and human development. The Capabilities Approach*, Cambridge; Sen, Amartya (2009): *The idea of justice*, London.

⁶⁶ Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): *Gleichheit ist Glück*, Frankfurt.

⁶⁷ Dazu kritisch: Lambert, Renaud (2011): Pachamama. Wie eine Andengottheit zur Schutzheiligen der Umwelt wurde, in: *Le Monde diplomatique*, Februar 2011, S. 3.

Pluralität von Kulturen, Gesellschaftsformen und Entwicklungswegen anerkannt und explizit alle produktiven und reproduktiven Arbeitsformen wertgeschätzt.⁶⁸ Zentrale Anknüpfung für feministische Ansätze ist das Oberziel, die Grundbedürfnisse des Lebens, die als Grundrechte formuliert sind, zu befriedigen und das Leben als Einheit ohne politisches Ressortdenken zu betrachten. Dabei spielt die Nutzung und der Erhalt von Allmenden und Gemeingütern eine Schlüsselrolle; der Verzicht auf Nutzung von Bodenschätzen wie im Yasuni-Nationalpark in Ecuador ist ein Tribut an die Rechte der Natur; die Privatisierung z.B. von Wasser bleibt ausgeschlossen.

Während «indigene Traditionen» wieder angeeignet werden sollen, besteht gleichzeitig ein Bewusstsein dafür, dass patriarchale Strukturen in den indigenen Kulturen aufgebrochen werden müssen. In Bolivien hat das Kulturministerium den durchaus widersprüchlichen Auftrag, indigene Traditionen zu revitalisieren und das Patriarchat zu «dekonstruieren». Es kann kein «gutes Leben» ohne Freiheit von Gewalt gegen Frauen, ohne Würde und Anerkennung aller Geschlechter geben – eine Diskussion, die gerade Frauen in Bolivien führen, die sich nicht für das Buen-Vivir-Konzept instrumentalisieren lassen wollen, während sie in den Haushalten sexueller Gewalt ausgesetzt sind.

68 Acosta, Alberto (2011): Buen Vivir auf dem Weg in die Post-Entwicklung. Ein globales Konzept?, in: Rätz,/Egan-Krieger, a.a.O., S. 173-184; Fatheuer, Thomas (2011): Buen Vivir – Recht auf gutes Leben, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin; *ila*, 348 (2011): Sumaq Kawsay – Buen Vivir – Gutes Leben, Sept. 2011.

6 Ausblick: Occupy future

«Occupy» ist zum Begriff für die Suche nach neuen politischen Formen geworden, nachdem sich die NGOisierung, aber auch die Sozialforen erschöpft haben. Mit dem Slogan «Occupy patriarchy!» haben Feministinnen in den USA ihren Platz im reradikalisierten Protest gegen wachsende Ungleichheiten, Mangel an Demokratie und die Macht des Finanzsektors reklamiert. «Occupy future» könnte zum Slogan für die Suche nach Alternativen zum dominanten Entwicklungsweg werden, der weiterhin ressourcenintensiv, wachstumsbesessen und marktliberal ist. Es geht jetzt darum, neue Entwicklungspfade zu erfinden, zu sondieren und zu besetzen. Dabei muss der vom Westen her globalisierte Markt- und Wachstumstotalitarismus zuallererst im Westen aufgekündigt werden.

Die geballten Krisen katapultieren alle Akteur/innen und gesellschaftlichen Kräfte an einen Scheideweg: Wie weiter, wenn nicht so weiter wie bisher? In den Krisen, in Ressourcenkonflikten wie auch in politischen Verhandlungen formieren sich Kämpfe um die Gestaltung von Zukunft.

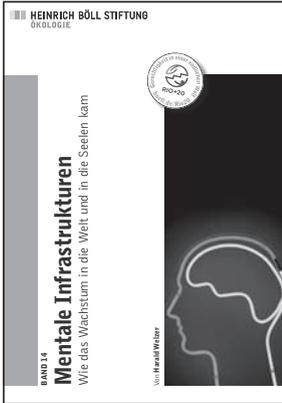
Frauen Netzwerke und feministische Expertinnen – sowohl von der Basis als auch aus den Wissenschaften – entwickelten in jüngster Vergangenheit praktische und konzeptionelle Antworten auf die Krisen des Klimas, der Ernährung und des Wachstums. Dabei skandalisieren sie sowohl die inneren Widersprüche und destruktiven Kräfte der gesellschaftlichen Naturbeherrschung und kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse als auch die Geschlechterimplikationen und -ungerechtigkeiten des dominanten Entwicklungsmodells. Der Kern feministischer Analyse ist, dass Geschlechterungleichheit tief in alles ökonomische und ökologische Denken und Handeln eingefräst und damit ein konstitutives Element dieses Entwicklungsmodells ist. Für die Suche nach anderen Entwicklungspfadern und nach dem «guten Leben» bedeutet dies, dass die Überwindung von maskulinen Herrschaftsstrukturen und der Entwurf alternativer Wirtschaftsformen und Naturbezüge untrennbar sind.

Sozial-ökologische und ökonomische Transformation braucht eine Doppelstrategie, nämlich dass 1) Menschen sich, ihr Denken und Handeln verändern und dass 2) gesellschaftliche Verhältnisse sich verändern. Das wiederum geht nicht ohne große Bündnisse und die Vernetzung aller sozialen Kräfte, die nach Ausstiegen aus dem eindimensionalen Entwicklungspfad suchen. Geschlechterperspektiven sind jedoch in solidar-ökonomischen, kapitalismuskritischen und ökologischen Debatten und Initiativen meist wieder einmal unterbelichtet, obwohl sich inzwischen die Erkenntnis verbreitet hat, dass Geschlechtergerechtigkeit ein unveräußerlicher Indikator für neue Wohlstandsmodelle ist.

Dies ist die Stunde für feministische und geschlechterdemokratische Stimmen. Die aus einer Sorgeperspektive entworfenen konkreten Utopien und Umbaupläne sind ein Pfund, wenn es gilt, Gegenpositionen oder gar Gegenmacht aufzubauen gegen den Megatrend, dass alles – Menschen, Soziales und Biosphäre – der Funktionslogik des Marktes unterworfen wird, was sich in der Inwertsetzung aller Ressourcen, im Schrumpfen des Öffentlichen und der Gemeingüter sowie in der Verschiebung sozialer und ökologischer Risiken, Kosten und Lasten aus den Märkten in die individuelle Eigenverantwortung oder die Natur manifestiert.

Feministinnen sollten als Bürgerinnen ökologische Themen politisieren und dabei das emanzipatorische Potential der Sorgeökonomie in den Vordergrund rücken, um die Wachstums- und Profitlogik des Marktes in der Ökonomie und in der Ökologie, in den Einzelnen und im System aufbrechen zu können. Statt die Naturnähe von Frauen zu romantisieren oder gar Sorge- und Umweltverantwortung zu glorifizieren, müssen hartnäckig veränderungsresistente Geschlechterstereotype demontiert werden.⁶⁹ Die geschlechterpolitisch emanzipatorische Substanz und der Charme der konkreten Utopien, die aus der Perspektive feministischer Ökonomie und Ökologie entworfen werden, liegen darin, die Blockaden und Selbstblockaden im Denken und Handeln auszuhebeln. Für diese zivilisations- und demokratiegeschichtlich notwendige Transformation bleiben Geschlechterfragen zentral.

⁶⁹ MacGregor, Sherilyn (2010): Earthcare or Feminist Ecological Citizenship?, in: *Femina Politica* 01/2010, S. 22-21.



Mentale Infrastrukturen

Die Kritik an der alles dominierenden Vorstellung eines ewigen Wachstums ist angesichts der Finanzkrise und des Raubbaus an unseren natürlichen Lebensgrundlagen notwendiger denn je zuvor. Doch das Wachstum als Wille und Vorstellung herrscht nicht nur in Konzernzentralen, an Börsen oder in Ministerien; die Lust nach Neuem, nach Konsum und Wachstum ist als «mentale Infrastruktur» in den Wünschen, Hoffnungen und Werten eines jeden Einzelnen verankert. Der individuelle Lebensstil wird daher zum Schlüssel für die Zukunft. Ökonomische Innovationen allein dürften nicht reichen, um Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfähig zu machen. Der Essay des Sozialpsychologen Harald Welzer ist ein Stück Aufklärung in bester Tradition: Er hilft uns, die Mechanismen und Prinzipien zu durchschauen, auf denen unsere Ideale und Wünsche fußen, und macht den Weg frei für Veränderung.

Schriften zur Ökologie, Band 14:

Mentale Infrastrukturen

Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam

Von Harald Welzer

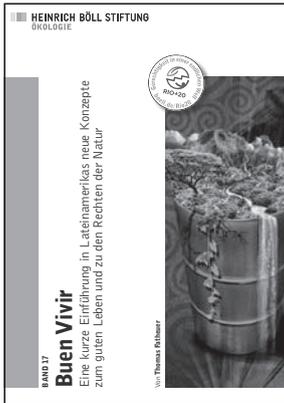
Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Berlin, April 2011, 48 Seiten

ISBN 978-3-86928-050-9

Download unter:

<http://www.boell.de/publikationen/publikationen-mentale-infrastrukturen-schriften-oekologie-11871.html>



Buen Vivir

Klimawandel, Finanz- und Armutskrisen und die nukleare Katastrophe in Japan drängen zur Suche nach Alternativen zum derzeitigen Produktions- und Konsummodell. In allen Debatten um zukunftsfähige Entwicklungen blitzen die Ideale einer solidarischeren Welt auf und der Wunsch nach Glück und einem guten Leben. Diskussionen darüber gibt es längst auch in Entwicklungs- und Schwellenländern. Eine Vielfalt von Akteurinnen und Akteuren sucht überall auf der Welt nach Alternativen zum Wachstumszwang. So auch in Lateinamerika. In Ecuador und Bolivien hat das Recht auf ein gutes Leben Verfassungsrang erhalten. «Buen Vivir» beruft sich auf indigene Traditionen und Wertvorstellungen. Der Essay von Thomas Fatheuer beschreibt ein Konzept, das in Europa bislang kaum wahrgenommen wurde.

Schriften zur Ökologie, Band 17:

Buen Vivir

Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur

Von Thomas Fatheuer

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Berlin, Mai 2011, 32 Seiten

ISBN 978-3-86928-056-1

Download unter:

<http://www.boell.de/publikationen/publikationen-schriften-oekologie-band17-12027.html>



Im Mittelpunkt der UN-Konferenz in Rio de Janeiro 2012 steht das Leitbild einer Green Economy. Sie soll einen Ausweg aus den globalen Klima-, Ernährungs- und Armutskrisen zeigen. Obwohl bereits vor 20 Jahren auf der ersten Rio-Konferenz Frauen als Schlüsselakteurinnen für den Umweltschutz und die Armutsbekämpfung genannt wurden, spielen ihre Vorschläge und ökofeministischen Ansätze bislang nur eine untergeordnete Rolle. Das könnte sich ändern. Konzepte und Uto-

prien feministischer Ökologie und Ökonomie gewinnen wieder an Boden. In dem Essay von Christa Wichterich werden Modelle, die Geschlechtergerechtigkeit und öko-soziale Nachhaltigkeit zusammendenken, vorgestellt und geprüft. Die Autorin wagt zudem einen Ausblick, wie die vorhandene geschlechterpolitische, emanzipatorische Substanz und der Charme konkreter Utopien die politischen Blockaden überwinden können.

Heinrich-Böll-Stiftung e. V.

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Die grüne politische Stiftung

T 030 285340 F 030 28534109

E info@boell.de W www.boell.de

ISBN 978-3-86928-078-3